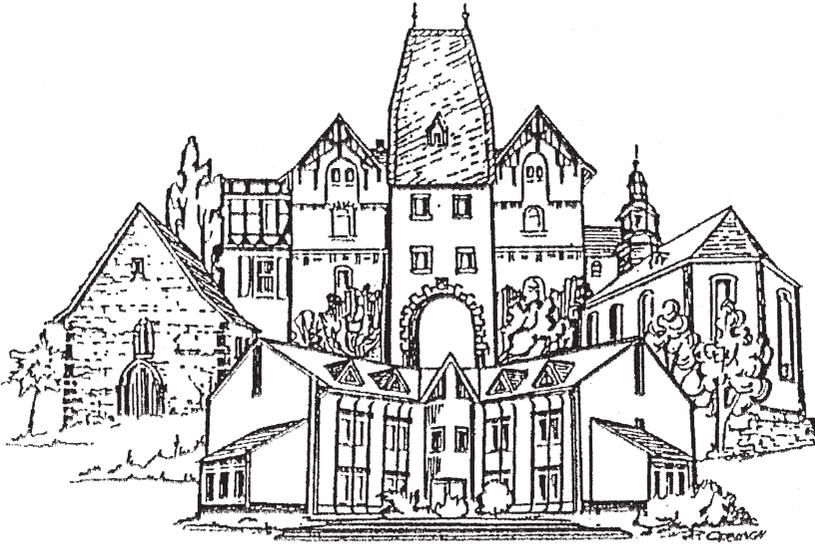


100 Jahre

SPD

in Hammersbach



Entstehung und Entwicklung
im Rahmen
der kommunalen Zeitgeschichte

Herausgeber: Vorstand des SPD-Ortsvereins Hammersbach
Gesamtredaktion: Dirk-Jürgen Schäfer
Gestaltung: Hans Bazlen
Fotonachweis: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung
(Seite 17), Wetterau-Museum, Friedberg (Hessen) (Seite 56),
Kreisbildstelle Hanau (Seite 28). Alle übrigen Fotos wurden uns
von privater Seite zur Verfügung gestellt. Wir bedanken uns
dafür sehr herzlich.

Druck: NK Druck + Medien GmbH, Hammersbach
Januar 2006

100 Jahre **SPD** in Hammersbach

	Seite
Marköbel	
In der Kaiserzeit 1906-1918	7
Die Weimarer Republik 1919-1933	23
Die Nachkriegszeit bis 1970	45
Langen-Bergheim	
Von der Gründung bis in die Dreißiger Jahre	54
Die Nachkriegszeit bis 1970	65
Hammersbach	
Der Zusammenschluss 1970	74
Die „Ära“ Glänzer 1971-1983	76
Katastrophale Wahlniederlage 1977	81
Oppositionsjahre 1977-1984	82
Die „Ära“ Meininger 1984-2004	85
„Bewährte Wege - frisches Handeln“	105



Zur Einführung

Die Geschichte der SPD in Hammersbach ist geprägt von dem Auf und Ab der deutschen Geschichte:

- Gegründet im Kaiserreich,
 - erfolgreich in der Weimarer Republik,
 - verfolgt im Dritten Reich,
 - neu gegründet nach dem Kriegsende 1945,
 - politisch bestimmend in Langen-Bergheim und Marköbel,
 - führend in dem Zusammenschluss zur Gemeinde Hammersbach,
 - erneut politisch verantwortlich,
 - durch eigenes politisches Verschulden 1977 in die Opposition verbannt,
 - mit der Wahl Helga Meiningers zur Bürgermeisterin 1984 in einer Koalition mit dem BBH,
 - seit 1989 wieder mit absoluter Mehrheit ausgestattet,
- ist die SPD Hammersbach auch heute noch ein lebendiger Ortsverein.

Alt und jung (das jüngste Mitglied ist 17 Jahre alt) arbeiten und feiern harmonisch miteinander. „Heimat SPD“, wie es in dem Chronikteil Langen-Bergheim steht!

Die Gründung der SPD in Marköbel 1906 war mangels eigener Unterlagen – sie wurden im Dritten Reich vernichtet – bei der jüngeren Generation in Vergessenheit geraten. Beim Ordnen des Gemeindearchivs 1986 kam eine Akte betr. Marköbeler Vereine von 1874 – 1942 zum Vorschein. Darin enthalten war das erste Statut und eine Liste der

Gründungsmitglieder der Marköbeler SPD. Für Langen-Bergheim steht das Gründungsdatum nicht genau fest, aber in der Liste der Marköbeler Gründungsmitglieder ist auch ein Langen-Bergheimer aufgeführt.

Im Frühjahr 1986 beschloss der SPD-Ortsvereinsvorstand, im September die 80-Jahr-Feier zu begehen. Wir hatten damals über die Vorkriegsgeschichte nichts in der Hand. Wir kannten nur einige Erzählungen älterer Genossen, die aber für die Aufarbeitung der SPD-Geschichte nicht ausreichten. In einer Arbeitsgruppe wurden damals alle Archivunterlagen gesichtet und innerhalb von vier Monaten eine Chronik erstellt. Die damaligen Autoren waren Reiner Borchers (Langen-Bergheim), Wilhelm Dietzel (Hammersbach) und Dirk-Jürgen Schäfer (Marköbel). Diese Chronik bildet auch heute noch die Grundlage für die Broschüre zur 100-Jahr-Feier. Viele Details konnten inzwischen ergänzt oder verbessert werden.

Mitarbeiter der heutigen parteiinternen Arbeitsgruppe Chronik waren: Wilfried Bender, Ursula Dietzel, Wilhelm Dietzel, Helmut Kropp, Helga Meininger, Albert Rücker und Dirk-Jürgen Schäfer.

Die Überarbeitung der Teile Langen-Bergheim und Marköbel wurden von Dirk-Jürgen Schäfer, der Teil Langen-Bergheim auch von Albert Rücker, vorgenommen. Das Kapitel Hammersbach hat Wilhelm Dietzel bis in die heutige Zeit aktualisiert.

Wir bedanken uns bei allen, die ihre privaten Bilder für die Chronik zur Verfügung gestellt haben. Einigen Fotos sieht man das hohe Alter an, es schmälert aber nicht den dokumentarischen Wert.

Unsere Chronik hebt nicht auf die allgemeine Geschichte der SPD ab, sondern sieht die Entstehung und Entwicklung im Rahmen der kommunalen Zeitgeschichte. Damit ist sie zugleich ein Dokument der Geschichte von Langenbergheim, Marköbel und Hammersbach.

Der Vorstand
Der SPD-Ortsvereins Hammersbach
Wilfried Bender

Marköbel: In der Kaiserzeit 1906-1918

Marköbel zu Beginn des 20. Jahrhunderts

„Wer um das Jahr 1900 den Flecken Marköbel aufsuchen wollte, der musste es sich schon die Mühe kosten lassen „eine gute Stunde“ seines Lebens daranzuhängen; denn eine gute Stunde brauchte man vom Bahnhof Ostheim nach Marköbel, um dieses schöne und damals reiche Dorf zu finden. Noch abgeschlossen von dem Verkehr lag es im stillen bauerlichen Frieden abseits der großen Landstraße. Die ehemals „Hohe Straße“ hatte schon lange ihre Bedeutung verloren.

Tagtäglich kam und fuhr die Fahrpost von Hanau nach Marköbel und gab bei dem Posthalter die Pakete und Briefe ab. Die Bauernbevölkerung hatte keine großen Bedürfnisse. Selten nur fuhr ein Einwohner mit der Postkutsche. Die meisten Leute liefen entweder nach Ostheim an den Bahnhof oder direkt nach Hanau, um dort ihre Einkäufe zu tätigen. Jeder Marköbeler war ja Selbstversorger“, schreibt Hauptlehrer Pfeiffer in der Marköbeler Chronik 1939.

In Marköbel, einschließlich Hirzbach und Baiersröderhof, gab es 219 Häuser, 273 Haushaltungen und 1.310 Einwohnern. Die Einwohner lebten von der Landwirtschaft, einige übten zudem dörflich notwendige handwerkliche Berufe aus:

Schmied, Wagner, Schreiner, Zimmermann, Schlosser, Dreher, Schuhmacher, Metzger, Maurer oder Schneider. Die Söhne und Töchter waren als Knechte oder Mägde bei den Bauern beschäftigt oder gingen auf Tagelohn. Viele junge Männer – Pfeiffer schätzt sie für 1907 auf 70 Personen – arbeiteten vorwiegend als Maurer und Zimmerleute in Hanau, Frankfurt und Offenbach.

1897 wurde, angeregt und unterstützt durch den örtlichen Darlehnskassen-Verein, die Molkerei-Genossenschaft ins Leben gerufen, um auf dem Wege der genossenschaftlichen Selbsthilfe eine bessere Milchverwertung zu ermöglichen. Sie bestand bis Ende der siebziger Jahre.

1897-1905 erfolgte eine grundlegende Flurbereinigung, die in der Bevölkerung zum Teil eine große Unzufriedenheit hervorrief. Bis 1905 stand noch die komplette Ringmauer (außer dem bereits Anfang des 19. Jahrhunderts abgebrochenen Obertor), die dann den angrenzenden Besitzern überlassen und meist geschleift wurde.

Marköbel war eine reiche Gemeinde. Die Einnahmen aus Holzverkauf und Pacht der gemeindeeigenen Felder und Wiesen reichten für alle Ausgaben aus und brachten noch einen jährlichen Überschuss. Umlagen wurden nicht erhoben.

1906 stellt die Gemeinde Grund und Boden für den Bahnbau Hanau –

Die Gründungsmitglieder der SPD Marköbel						
und ihre Mitwirkung an der Gründung der Gewerkschaftsstelle und des Sängergusses						
Name	Vorname	Beruf	Mitglied bereits in			
			SPD 1906	Gewerkschaft 1902	Sängergruß 1904	
1	Bender	Friedrich Karl	Maurer	x		
2	Bender	Peter	Maurer	x		x
3	Bender	Wilhelm	Weißbinder	x		
4	Brand	Heinrich	Maurer	x		
5	Dietzel	Wilhelm	Zimmermann	x	x	x
6	Gärtner	Gustav	Maurer	x		
7	Gärtner	Heinrich	Weißbinder	x		x
8	Goldacker	Wilhelm	Maurer	x		
9	Gunkel	Heinrich	Tagelöhner	x		
10	Hettrich	Georg	Maurer	x		x
11	Hofmann	Heinrich	Maurer	x		x
12	Kailing	Friedrich	Zimmermann	x	x	x
13	Kailing	Konrad	Zimmermann	x	x	x
14	Kailing	Peter	Zimmermann	x	x	x
15	Koch	Heinrich	Schreiner	x		
16	Koch	Peter Phil.	Zimmermann	x	x	
17	Koch	Wilhelm	Zimmermann	x	x	
18	Mosbach	Jakob	Zimmermann	x	x	x
19	Müller	Ernst	Maurer	x		
20	Nöll	Friedrich	Tagelöhner	x		
21	Schäfer	Friedrich	Maurer	x		
22	Schäfer	Konrad II.	Tagelöhner	x		
23	Schäfer	Johann	Weißbinder	x		
24	Schmidt	Friedrich Wilhelm	Maurer	x		
25	Schmidt	Johannes	Zimmermann	x	x	x
26	Schmidt	Konrad L.	Maurer	x		
27	Schmidt	Peter	Maurer	x		
28	Schmidt	G. Konrad	Maurer	x		
29	Schmidt	Peter	Maurer	x		
30	Weitzel	Paul	Schwellenarbeiter	x		
31	Wenel	Wilhelm II	Tagelöhner	x		
32	Wolf	Jakob	Tagelöhner	x		

Büdingen kostenlos zur Verfügung. Der Marköbeler Bahnhof sollte übrigens dort liegen, wo Albrecht Leitner wohnte. An den vorgesehenen Bahnhof in Langenbergheim erinnert heute noch die Postanschrift des Rewe-Marktes „Am Bahnhof“.

Die sozialdemokratischen Anfänge
Bereits bei der Reichstagswahl 1874

gab es in Marköbel eine SPD-Stimme, 1877 wie auch 1884 sogar zwei Stimmen. Der erste 1881 gewählte sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete aus dem Kreis Hanau, Karl Frohme, erhielt in Marköbel keine einzige Stimme. Erst ab 1893 beginnt auch in Marköbel der Stimmenanteil der SPD bei Reichstagswahlen ständig zu steigen. Der Sozialdemokrat Gustav

Hoch wurde für den Kreis Hanau 1898, 1907 und 1912 Reichstagsabgeordneter.

Die Sozialdemokraten in Marköbel hatten es im Kaiserreich nicht leicht. Bürgermeister Stroh war ein stramm konservativer und größter Landbesitzer der Gemeinde. Viele kleine Leute standen bei ihm in der Kreide. Und er hatte viele Möglichkeiten der Beeinflussung (siehe Erinnerungen Dietrich in diesem Heft). 1893 kandidierte er im Wahlkreis Hanau-Gelnhausen für den Reichstag und wurde in der Stichwahl gegen Gustav Hoch, SPD, mit 396 Stimmen Mehrheit gewählt. Dabei spielte das Zentrum (einer der Vorläufer der CDU/CSU) eine undurchsichtige Rolle. Eine Wahlanfechtung der SPD wurde von der Wahlprüfungskommission des Reichstages verworfen.

Johann Goldacker, Jahrgang 1888, mit 16 Jahren 1904 dem Vorläufer der SPD Marköbel beigetreten, erinnert sich 1974 daran, wie seine Parteimitgliedschaft dem Landrat gemeldet werden musste. Sein älterer Bruder gehörte bereits der SPD an. Ihrer Mutter, Putzfrau in der Schule der Gemeinde, wurde aus heiterem Himmel gekündigt. Die Mitgliedschaft von 2 Söhnen im SPD-Wahlverein vertrug sich nicht mit dem Gemeindedienst. Als ihr dann später wieder die Schulreinigungsstelle angetragen wurde, lehnte sie stolz ab.

In späteren Jahren radelten die jungen SPD-Mitglieder oft über Land zu Wahlveranstaltungen. Bis in den Vogelsberg wurde Material der Partei gebracht.

Pfeiffer schildert in der Chronik 1939 die Arbeitsumwelt der rund 70 Männer, die in Hanau, Frankfurt und Offenbach arbeiten: „Die Bauern, Tagelöhner und Knechte hatten täglich ihre reichliche Arbeit – Maschinen wurden noch nicht viel benutzt -, die Arbeiter in der Stadt mussten jeden Tag neben ihrer Tagesarbeit noch den Weg von Marköbel nach Ostheim hin und her zu Fuß zurücklegen – Fahrräder hatten nur einzelne – und kamen müde und abgearbeitet nach Hause. Alle suchten so bald als möglich ihre Schlafstätte auf... Der dörfliche Frieden wurde erst durch den auftretenden Marxismus zerstört, der schon um 1900 auch in Marköbel Boden gefasst hatte durch die auswärts arbeitenden Einwohner. Man kann es verstehen, dass diese abends missmutig von ihrer Arbeit heimkehrten, wenn sie nur daran dachten, wie angenehm es ihre Stadtkameraden hatten, denen die mühseligen Wege bei Wind und Wetter erspart blieben und einige Stunden früher bzw. länger in ihrer Familie weilen konnten“.

Der historische Kern der NS-geprägten Chronik zeigt uns, dass bereits um 1900 das sozialdemokratische Gedankengut wirkte. Mündliche Überlieferungen besagen, dass es bereits vor 1906 einen Versuch gegeben haben soll, einen SPD-Wahlverein zu gründen. Er scheiterte an uns heute nicht mehr bekannten Gründen.

Das älteste Parteimitglied in Marköbel, so die mündliche Überlieferung, sei Karl Spielmann aus Rommelhausen

gewesen, der bereits vor der Jahrhundertwende der SPD beigetreten sei, jedoch einem auswärtigen Ortsverein angehörte.

Wenn auch der erste SPD-Gründungsversuch wohl zwischen 1900 – 1904 scheiterte, entstand in Marköbel 1902 eine Gewerkschaftsstelle und 1904 der Arbeiter-Gesangverein „Sängergruß“. Nach der SPD-Gründung 1906 bildete sich 1912 der Arbeiter-Radfahrer-Verein Marköbel.

Forderungen von SPD und Gewerkschaften

Marköbel war zu jener Zeit noch fast ausschließlich landwirtschaftlich ausgerichtet. Die in Hanau arbeitenden Maurer und Zimmerleute brachten die Idee der Sozialdemokratie in das Dorf. In Hanau gab es bereits seit 1867 einen sozialdemokratischen Ortsverein – einen der ältesten in Deutschland überhaupt. Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, Verringerung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne und Vertretung der Arbeiter in allen Parlamenten (Kampf gegen das Drei-Klassen-Wahlrecht in Preußen) waren die Forderungen der Gewerkschaften und der SPD. Beide arbeiteten Hand in Hand. Gewerkschaften, Sozialdemokratische Partei, Arbeiterturnvereine, Arbeitergesangvereine und Arbeiterbildungsvereine bildeten die Voraussetzung für die Teilhabe der Arbeiterschaft an der Gesellschaft.



Karl Spielmann aus Rommelhausen (jetzt Rommelshausen) war das älteste SPD-Mitglied in Marköbel. In einer Ehrenurkunde für fünfzigjährige Mitgliedschaft 1963 schreibt der damalige SPD-Vorsitzende Ollenhauer: „Über ein ganzes Menschenleben warst Du in Treue unserer Partei verbunden und hast für ihre Ideale geopfert und gekämpft“.

„Vorwärts“ und „Freie Turner“

Ob und inwieweit die Gründung des Turnvereins »Vorwärts« am 27. Januar 1894 auf Initiative aus der Arbeiterbewegung entstanden ist, lässt sich heute nicht mehr eindeutig feststellen. Wir können hier nur die Zunahme der SPD-Reichstagswähler in Marköbel heranziehen: Sie Vervierfachte sich nach 1893 von 12 auf 47 Stimmen. Der Name des Vereins, die Verfügung des Landrates zur Überwachung durch den Bezirksgendarmen und die zahlreichen Gründungsmitglieder aus den Reihen der

später gegründeten Gewerkschaft und SPD sprechen dafür. Peter Kailing, der spätere erste Kassierer des sozialdemokratischen Wahlvereins, war nach der Gründung erster Vorsitzender („Erster Sprecher“) des Turnvereins „Vorwärts“. Im Gemeindearchiv sind die Namen der Vorstands- und Vereinsmitglieder aus den Jahren 1894 und 1901 sowie das Statut und die Turnordnung von 1894 enthalten. In den Zwanziger Jahren bestand daneben noch die „Freie Turngemeinde“ als Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Die „Freien“, die auch über eine Fußball-Abteilung verfügten, wurden in den Gemeindearchivunterlagen erstmals am 28. November 1920 erwähnt. Die letzte Notiz findet sich am 16. Mai 1932. 1934 taucht ein neuer Vereinsname auf; Turnverein „Deutsche Einheit“ Marköbel.

1902 erste gewerkschaftliche Organisation

Die erste gewerkschaftliche Organisation in Marköbel war eine „Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerleute Deutschlands“, der am 21. September 1902 gegründet wurde. Die 15 Gründungsmitglieder waren:

Georg Dauth, Erster Vorsitzender, Friedrich Kailing, Zweiter Vorsitzender, Konrad Kailing, Erster Kassierer, Peter Kailing, Zweiter Kassierer, Jakob Mosbach, Erster Schriftführer, Johannes Schmidt, Zweiter Schriftführer, Wilhelm Eckard, Johannes Dietzel, Peter Koch, Konrad Brettmann, Wilhelm Koch, Wilhelm Dietzel, Philipp Dietzel, Wilhelm Möller und Ludwig Hoffmann.

Bei der Anmeldung verfügt der Landrat, dass die Gründung dem Bezirksgendarmen Bullerdieck zu melden ist. Die örtlichen Zahlstellen hatten nach der Satzung die Aufgabe, „Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln, Statistiken aufzustellen, mit den Unternehmern über Veränderungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu unterhandeln und etwa vorkommende Streiks oder Ausschlüsse zu leiten“. Darüber hinaus dienten die örtlichen Gewerkschaften natürlich auch als Motor der politischen Arbeiterbewegung.

1904 Gesangverein „Sängergruß“

Bereits seit 1882 bestand in Marköbel der Gesangverein „Concordia“ und ein Jahr später der „Gesangverein Marköbel“. Am 1. Mai 1904 gründeten 21 Marköbeler den Gesangverein „Sängergruß“, der sich als Arbeitergesangverein verstand und später ganz selbstverständlich seine Gesangsstunden in der sozialdemokratischen „Volksstimme“ ankündigte. Die Gründungsmitglieder waren:

Wilhelm Dietzel, Präsident, Peter L. Bender, Vizepräsident, Johann Heinrich Eckard, Kassierer, Friedrich Wilhelm Goldacker, Schriftführer, Philipp Peter Lotz, Archivar, Aktive Sänger:

Heinrich Wennel, Heinrich Gärtner, Ludwig Hofmann, Jakob Goldacker, Friedrich Gustav Gärtner, Georg Hettrich, Konrad Ruth, Johannes Peter Meerbott, Johann Peter Schäfer, Konrad Kailing, Heinrich Hofmann, Johannes Gärtner, Johannes Koch.

Passive Mitglieder waren:
Friedrich Kailing, Peter Kailing und
Leonhard Kailing.

Unterlagen über die polizeiliche Meldung an den Landrat mit dem wahrscheinlich zu erwartenden Hinweis auf die Mitteilung der Neugründung an den Bezirksgendarmen sind nicht mehr vorhanden.

38,50 Mark bei 59,2 Stunden Wochenarbeitszeit

Über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter im Stadt- und Landkreis Hanau um die Jahrhundertwende gibt eine detaillierte Aufstellung des Gewerkschaftskartells Hanau 1901 Auskunft, in der ausdrücklich auch die Zimmerleute aus Marköbel erwähnt werden.

Für jeden Berufsstand in Hanau Stadt und Land werden die Löhne, die Arbeitszeit, die Wohnverhältnisse und die Notwendigkeit des Mitverdienens durch die Ehefrau aufgelistet. Danach lag die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit bei 59,2 Stunden - die längste bei hundert und die kürzeste bei 45 Stunden. Die gesetzlich zugelassene Höchst-arbeitszeit lag bei täglich 12 Stunden. Als Wochenverdienst erhalten die Arbeiter im Durchschnitt 20,25 Mark, der höchste liegt bei 38,50 Mark und der niedrigste bei 8 Mark.

Die Zimmerleute arbeiteten im Schnitt 60 Stunden pro Woche für ein Entgelt von 20,67 Mark. Bei den Maurern lag die durchschnittliche Wochenarbeitszeit bei

62,1 Stunden und einem Wochenlohn von 22,55 Mark.

Interessenvertretung durch die Gewerkschaft

Das Gewerkschaftskartell Hanau legte erstmals 1904 einen gedruckten Geschäftsbericht vor. Hierin werden aus Marköbel 16 Besucher erwähnt, die ihre Interessen durch die Gewerkschaft vertreten wissen wollten. Dabei ging es um Probleme der Unfall- oder Invalidenversicherung, der Krankenversicherung, des Arbeitsrechts oder des Strafrechts (Verteilung von Flugblättern).

Bürgermeister Stroh will SPD-Wahlverein blockieren

Der konservative Bürgermeister Stroh gab 1906 das Statut der SPD an den Landrat und fragte an, ob nicht das Lokal angegeben werden müsse, in dem die in der Satzung vorgesehene jährliche Generalversammlung abgehalten werden könne. Stroh: „Von den hiesigen Wirten werden dieselben ein solches nicht erhalten“!

Der Landrat teilte ihm mit, dass dies nicht erforderlich sei, aber „der Gendarmeriestation in Bruchköbel ist von der Gründung des Vereins Kenntnis zu geben“. Mit dem Hinweis auf ein fehlendes Tagungsort versuchte der Bürgermeister wohl, die Arbeit des Wahlvereins zu blockieren. Viele sozialdemokratischen Ortsverbände hatten damals damit zu kämpfen, dass ihnen geeignete Räumlichkeiten für ihre öffentlichen Veranstaltungen vorenthalten wurden. Die Hütten-

gesäßer Genossen z.B. beklagten im Dezember 1906 nach einer gelungenen „Großveranstaltung“, dass „seit etwa acht Jahren keine derartige Veranstaltung stattfinden konnte, weil uns die hiesigen Wirte bisher ihre Säle hartnäckig verweigerten“. So mussten auch die Marköbeler Sozialdemokraten gelegentlich auf ungewöhnliche Tagungsorte ausweichen.

Gründungsbericht in der „Volksstimme“

Die in Frankfurt erscheinende sozialdemokratische Tageszeitung „Die Volksstimme“ berichtete am 30. August 1906 über die Gründung:

„Marköbel, 28. Aug. Einen Schritt vorwärts hat die hiesige Arbeiterbewegung getan, indem am Sonntag hier ein sozialdemokratischer Wahlverein gegründet wurde, dem sofort 28 Mitglieder beitraten. Wenn wir hier auch mit allerhand Schwierigkeiten zu rechnen haben, so muss doch dafür gesorgt werden, dass diese überwunden werden. Dazu gehört aber, dass die zahlreichen hiesigen Arbeiter ihre Pflicht erfüllen und sich dem Wahlverein anschließen und die Volksstimme lesen. Dann werden die Wirte der so gesinnten Masse der Arbeiter nicht mehr, wie jetzt, hohnlächelnd ihre Lokale vorenthalten und sie nur für den Vertreter der Ausbeuter, Dr. Lucas, reservieren. Wenn die Arbeiter einig wären, würden die Wirte auch ihre Getränke für Dr. Lucas (Anmerkung: Dr. Lucas war Reichstagsabgeordneter der konservativen Nationalliberalen Partei) und seine Trabanten

Marköbel, 28. Aug. (Einen Schritt vorwärts) hat die Arbeiterbewegung getan, indem am Sonntag hier ein sozialdemokratischer Wahlverein gegründet wurde, dem sofort 28 Mitglieder beitraten. Wenn wir hier auch mit allerhand Schwierigkeiten zu rechnen haben, so muss doch dafür gesorgt werden, dass diese überwunden werden. Dazu gehört aber, dass die zahlreichen hiesigen Arbeiter ihre Pflicht erfüllen und sich dem Wahlverein anschließen und die Volksstimme lesen. Dann werden die Wirte der so gesinnten Masse der Arbeiter nicht mehr, wie jetzt, hohnlächelnd ihre Lokale vorenthalten und sie nur für den Vertreter der Ausbeuter, Dr. Lucas, reservieren. Wenn die Arbeiter einig wären, würden die Wirte auch ihre Getränke für Dr. Lucas und seine Trabanten reservieren können. Dann würden wir sehen, wie schnell diese selben Wirte auf unsere Wünsche eingingen, wenn sie am eigenen Leibe spüren, dass sie von der gegnerischen Gesellschaft nicht leben können. - In den Vorstand des neuen Wahlvereins wurden gewählt: Joh. Schäfer, Vorsitzender, Peter Kailing, Kassierer, Fr. Kailing, Schriftführer. Also, Arbeiter von Marköbel, hinein in den sozialdemokratischen Wahlverein.

Die „Volksstimme“ berichtet am 30.08.1906 über die Gründung des SPD-Wahlvereins Marköbel

reservieren können. Dann würden wir sehen, wie schnell diese selben Wirte auf unsere Wünsche eingingen, wenn sie am eigenen Leibe spüren, dass sie von der gegnerischen Gesellschaft nicht leben können, - In den Vorstand des neuen Wahlvereins wurden gewählt: Joh. Schäfer, Vorsitzender, Peter Kailing, Kassierer, Fr. Kailing, Schriftführer. Also, Arbeiter von Marköbel, hinein in den sozialdemokratischen Wahlverein.“

Das erste SPD-Ortsstatut von 1906

§1

Zweck des Vereins ist, alle Parteiangelegenheiten des Ortes zu erledigen, namentlich die Agitation (Anmerkung: „Verbreitung politischer Gedanken durch Wort oder Schrift“) für die Reichs- und Landtagswahlen zu leiten.

§2

Mitglied des Vereins kann jeder werden, der das Sozialdemokratische Parteiprogramm anerkennt und den gesetzlichen Bestimmungen entspricht.

§3

Das Einschreibegeld beträgt 10 Pfg., wofür dem Mitgliede Karte und Statut verabfolgt wird. Der monatliche Beitrag beträgt 25 Pfg. und wird durch Aufkleben von Marken in das Mitgliedsbuch quittirt. Die Ortsvereine bestimmen selbständig die Höhe der von ihnen zu erhebenden Beiträge. Jedoch haben sie monatlich 20 Pfg. pro Mitglied an den Kassierer des Kreis-Wahlvereins abzuliefern. (Anm.: Also blieben 5 Pfg. für den Ortsverein).

§4

Ausgeschlossen können Mitglieder in den Orten mit Ortsvereinen nur durch letzteren werden, die anderen Mitglieder vom Vorstände des Wahlvereins.

Mitglieder, welche länger als sechs Monate mit den Beiträgen im Rückstand bleiben, können vom Vorstände ausgeschlossen werden; dieselben können wieder eintreten, wenn sie ihre rückständigen Beiträge beglichen haben. Mitglieder, welche nachweislich arbeitslos oder krank werden, können während der Dauer der Arbeitslosigkeit oder Krankheit von der Beitragszahlung befreit werden.

Außerdem erfolgt der Ausschluss

- a) wenn ein Mitglied gegen die Grundsätze des Parteiprogrammes verstößt
- b) sich ehrlose Handlungen zu schulden kommen lässt.

Den nach a) und b) ausgeschlossenen Mitgliedern steht das Schiedsgericht laut Parteistatut §27 zu.

Mitglieder, welche nach obigem von einem Orts-Verein ausgeschlossen sind, können nicht als Mitglieder des Wahlvereins aufgenommen werden.

§5

Alljährlich findet eine Generalversammlung statt.

§ 6

Der Vorstand besteht aus 3 Mitgliedern und teilt seine Ämter wie folgt: I. Vorsitzender, II. Kassierer, III. Schriftführer.

§7

Der Vorstand hat sämtliche Vereinsgeschäfte, sowie Agitation zu leiten und in jeder Generalversammlung einen Bericht zu erstatten.

§ 8

Der Vorstand verfügt über das Vereinsvermögen. Bei freiwilliger Auflösung entscheidet die Generalversammlung, bei Polizeilicher Auflösung der Vorstand über das vorhandene Vereins-Vermögen.

Dieses Statut hat vom 2. September 1906 seine Gültigkeit.

Der Vorstand des Wahlvereins zu Marköbel

- I. Vorsitzender Joh. Peter Schäfer
- II. Kassierer Peter Kailing
- III. Schriftführer Friedrich Kailing

Wahlrecht im Kaiserreich

Der Reichstag wurde bereits im Kaiserreich nach dem uns heute selbstverständ-



Johann Peter Schäfer, erster Vorsitzender des SPD-Wahlvereins Marköbel



Wilhelm Dietzel war als Nachfolger von Johann Peter Schäfer SPD-Ortsvereinsvorsitzender

lichen freien, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlrecht gewählt. Frauen hatten noch kein Stimmrecht. Das Frauenwahlrecht wurde erst 1919 von der SPD durchgesetzt. Die Frauen wählten dann allerdings vorwiegend konservativ.

Marköbel gehörte zur preußischen Provinz Hessen-Nassau und bildete im Regierungsbezirk Kassel den 8. Wahlkreis, der die Kreise Hanau und Gelnhausen umfasste.

Langen-Bergheim war Teil des Großherzogtums Hessen und gehörte dem Wahlkreis Friedberg, Vilbel und Büdingen an.

Es galt das Mehrheitswahlrecht. Wer im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit

erreichte, war gewählt. Sonst fand anschließend eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen statt. Hier entschieden natürlich die Wahlbündnisse mit den unterlegenen Parteien. Beispielhaft kann hier die Stichwahl 1893 zwischen dem Marköbeler Bürgermeister Stroh (Konservative) und dem SPD-Kandidaten Gustav Hoch angeführt werden. Durch den Wahlauf Ruf des im 1. Wahlgang unterlegenen Zentrums (Katholiken) für Stroh in der Stichwahl wurde er mit der knappen Mehrheit von 396 Stimmen zum Reichstagsabgeordneten gewählt.

Die Wahlen zum preußischen Landtag, zum Kreistag und zur Gemeindevertretung erfolgten nach dem „Drei-Klassen-Wahlrecht“. Die Steuerzahler der Gemeinde wurden je nach Vermögen in

drei Steuerklassen eingeteilt, die jeweils das gleiche Steueraufkommen hatten.

Jede Klasse wählte bei den Landtagswahlen die gleiche Zahl von Wahlmännern, die ihrerseits wiederum die Abgeordneten wählten. Dieses Wahlrecht wurde von den Sozialdemokraten heftig bekämpft, weil es die vermögenden Schichten des Volkes erheblich bevorteilte.

Die Ungerechtigkeit der Wertung der Wählerstimmen nach dem Steueraufkommen zeigt sich als Beispiel in Marköbel 1906:

464 Steuerzahler erbrachten 2.496 Mark Steuern.
In drei Klassen aufgeteilt, bedeutet es:

10 Steuerzahler mit 812 Mark	= 1. Wahlklasse	2,0 % der Steuerzahler
46 Steuerzahler mit 785 Mark	= 2. Wahlklasse	9,9 % der Steuerzahler
409 Steuerzahler mit 899 Mark	= 3. Steuerklasse	88,1 % der Steuerzahler

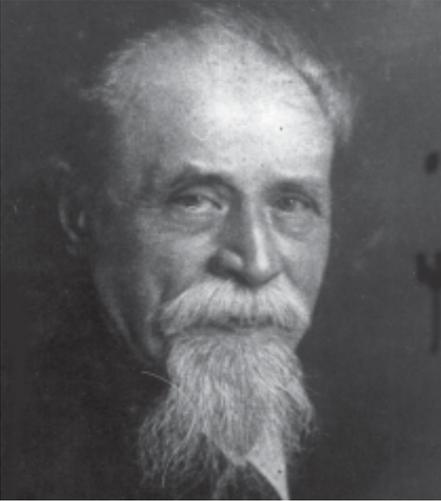
Karl Frohme 1881 erster SPD-Reichstagsabgeordneter im Wahlkreis Hanau-Gelnhausen

Karl Frohme wurde 1850 in Hannover als Sohn eines Schneidermeisters geboren. Er erlernte den Beruf eines Maschinenbauers, trat mit 17 Jahren dem Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein (ADAV) bei und war als Agitator, Schriftsteller und Redakteur tätig. 1872

88 Prozent der Marköbeler Steuerzahler hatten also das gleiche Stimmengewicht wie 10 bzw. 2 Prozent. Das „Drei-Klassen-Wahlrecht“ endete erst mit dem Zusammenbruch des Kaiserreiches 1918.

ließ er sich in Frankfurt-Bockenheim nieder. In der Reichstagswahl 1877 unterlag er im Wahlkreis Hanau-Gelnhausen nur mit 386 Stimmen den Nationalliberalen.

Nach dem Attentatsversuch auf Kaiser Wilhelm I. 1878 wurde die SPD bis 1890 verboten. Wahlvereine waren erlaubt. Frohme setzte auf den strikt legalen Kurs der SPD und gehörte später



Karl Frohme, 1891 erster Reichstagsabgeordneter der SPD im Wahlkreis Hanau-Gelnhausen

dem revisionistischen Flügel an. Bei der nächsten Reichstagswahl 1881 gewann Frohme souverän in der Stichwahl gegen seinen konservativen Gegenspieler. Von 1881 – 1884 war der Wahlkreis Hanau-Gelnhausen durch ihn vertreten.

Im Kaiserreich wurde Frohme in 15 politischen Prozessen zu insgesamt 4 Jahren Haft verurteilt. 1886/87 verbrachte er z. B. neun Monate in der Strafanstalt Preungesheim. Er wurde aus Preußen ausgewiesen und ging in seine Heimatstadt Hannover zurück und dann weiter nach Hamburg. In Hamburg-Altona war er inzwischen zum Reichstagsabgeordneten gewählt worden und gewann das Mandat bis 1918.

Frohme gehörte der Verfassungsgebenden Nationalversammlung in Weimar 1919 an und war in der Zeit von 1920 – 1924 weiter Reichstagsabgeordneter. Er zog sich dann aus der Politik zurück und war als Schriftsteller tätig. Frohme verstarb 1933 in Hannover.

Gustav Hoch
SPD-Reichstagsabgeordneter
1898 - 1903 und 1907 – 1918
im Wahlkreis Hanau-Gelnhausen

Gustav Hoch wird 1862 in Neubrück/Posen als Sohn eines Kaufmannes geboren. Nach dem Gymnasium in Stolp begann er ein juristisches Studium in Berlin und Königsberg. Schon früh faszinierten ihn die Lehren von Karl Marx, er vertrat sie öffentlich und wurde



Gustav Hoch, langjähriger Reichstagsabgeordneter seit 1898, der auch in Marköbel als Redner auftrat

Mitglied der SPD. Ein weiteres Studium in Breslau wurde ihm wegen „sozialdemokratischer Umtriebe“ verwehrt und so setzte er sein Studium in Zürich fort.

1890 übernahm Hoch die Redaktion der sozialdemokratischen „Volksstimme“ in Frankfurt und wurde zur beherrschenden Persönlichkeit der Frankfurter Sozialdemokratie. Bei seiner ersten Kandidatur 1893 unterlag er im Wahlkreis Hanau-Gelnhausen in der Stichwahl mit 396 Stimmen nur knapp dem konservativen Marköbeler Bürgermeister Stroh. Eine Untersuchung des Reichstags-Wahlausschusses wegen des seltsamen Verhaltens des Zentrums in der Stichwahl änderte nichts am Ergebnis.

Als Redakteur der „Volksstimme“ in Frankfurt wurde Hoch innerhalb von vier Jahren dreizehn Mal zu insgesamt mehr als 32 Wochen Gefängnis und 1.770 Mark Geldstrafe verurteilt. 1895 verzog er nach Hanau, eröffnete eine Buch- und Zigarrenhandlung und betätigte sich als freier Schriftsteller. Das 1903 geschaffene Hanauer Arbeitersekretariat leitete Hoch bis 1919. Von 1902 – 1908 und 1910 – 1919 war er Hanauer Stadtverordneter.

Im Wahlkreis Hanau-Gelnhausen wurde er 1898 – 1903 und 1907 – 1918 als Reichstagsabgeordneter gewählt. Er gehörte auch der Verfassungsgebenden Nationalversammlung 1919 in Weimar an und war dann bis 1928 Reichstagsabgeordneter.

Anschließend begann Hoch ein umfassendes Werk über Sozialversicherung und Sozialfürsorge. 1929 verließ er Hanau und lebte in Hamburg und Dessau, später in einem Altersheim in Berlin. Im Juli 1942 wurde er nach Theresienstadt deportiert, wo er am 4. Oktober 1942 im Alter von 80 Jahren starb.

Lokale Berichterstattung In der „Volksstimme“

In den folgenden Monaten des Jahres 1906 erschienen im Terminkalender der „Volksstimme“ verschiedentlich Veranstaltungshinweise des Wahlvereins und des AGV Sängergesang. Am 30. November wiesen beide gemeinsam auf eine Gesangsstunde am Samstagabend und eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins am ff. Sonntag in der Gaststätte Rausch hin. Im Dezember tauchte in der „Liste von Lokalen, die der Partei zur Verfügung stehen“ erstmals Marköbel mit der Gaststätte Rausch auf. Im Oktober und Dezember wurde die Teilnahme von Marköbeler Arbeitern bei Veranstaltungen in Ravalzhausen und Hüttengesäß erwähnt.

Die „Volksstimme“ berichtete nicht nur über Parteiangelegenheiten, sondern auch über lokale Ereignisse. So findet sich am 8. Mai 1909 ein Hinweis, dass am Vortage Im Marköbeler Gemeindegewald ein großes Schadensfeuer gewütet hat, dem acht bis zehn Morgen Wald zum Opfer gefallen sind.



Im Hintergrund rechts die Gaststätte Rausch, deren Pächter Schleucher SPD-Versammlungen nicht zuließ. Das Fachwerkhaus links gehörte der Gemeinde und wurde nach dem Krieg abgerissen. Heute stehen dort das Fachwerkhaus Rau und anschließend der Neubau der Gaststätte Jäger. Links im Bild die inzwischen abgebrochene Scheune Stein.

Waldfest des Arbeitergesangsvereins

Am 5. Juni 1909 berichtet die „Volksstimme“ über ein Waldfest des Arbeitergesangsvereins Marköbel. Dort heißt es: „Der Wirt Schleucher (Pächter der Gaststätte Rausch) verweigert der Arbeiterschaft immer noch seinen Saal; daran sollten sich alle hiesigen und auswärtigen Arbeiter erinnern und ihr Verhalten danach einrichten. Die Marköbeler jungen Burschen sollten sich schämen, den Verkehr nicht abstellen zu können, denn zum Unterhalten ist immer Gelegenheit geboten. Erst kürzlich fand im Arbeitergesangsverein ein Waldfest statt, das sehr stark besucht war, besonders von auswärtigen Genossen, Arbeitervereinen von Langendiebach, Langenselbold, Hüttengesäß, Rüdighelm waren vertreten. Das Fest verlief in fröhlichster Stimmung.“

SPD-Versammlung auf dem Acker Kailing

Im Gemeindearchiv liegen erst wieder für 1909 Unterlagen vor. Am 11. August 1909 meldete Bürgermeister Stroh dem Landrat („teile gehorsamst mit“), „dass auf nächsten Sonntag den 15. August nachmittags 3 Uhr eine öffentliche Sozialdemokratische Versammlung auf dem Acker des Zimmermanns Friedrich Kailing (heute Adolf Möller, Hauptstraße 65) hinter dessen Hofreite gelegen angemeldet worden ist. Eine auf Sonntag den 1. August bestimmte Versammlung hatte ich auf Grund des § 7 des Vereinsgesetzes wegen Gefahr für die öffentliche Sicherheit nicht genehmigt.“

Der Landrat teilt „mit dem Anheimgenben übersandt (mit), nach § 7 des Reichsver-

eingesetztes die schriftliche Genehmigung zur Abhaltung der Versammlung zu erteilen, falls keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist, die durch besondere Umstände dargetragen ist“. Der Landrat beauftragt aber gleichzeitig den Gendarmerie-Wachtmeister Bretthauer in Hüttengesäß mit der Überwachung der Versammlung. In der mündlichen Überlieferung wird diese Versammlung immer wieder erwähnt. Danach hatten der Gendarmerie-Wachtmeister Bretthauer den Eingang von der



Unter diesem Walnussbaum auf dem Acker Kailing (heute Adolf Möller, Hauptstraße 65) fand die erste öffentliche SPD-Veranstaltung in Marköbel statt. Die Polizei sollte sie verhindern. Doch sie fand statt und der Reichstagsabgeordnete Gustav Hoch soll als Redner aufgetreten sein

Hauptstraße her und die Gemeinde-Feldhüter den Zugang vom heutigen Burgweg aus überwacht. Trotzdem kamen die SPD-Mitglieder durch die Gartentür. Die Versammlung fand statt. Der SPD-Reichstagsabgeordnete Gustav Hoch soll dort eine Rede gehalten haben.

Leider sind die Ausgaben der „Volksstimme“ für diese Zeit nicht mehr erhalten, um sich durch die Berichterstattung einen unmittelbaren Eindruck verschaffen zu können.

1912 Arbeiter-Radfahrer-Bund

Im Lokal von P. Dietrich, dem Gasthaus zum Hirsch, gründete sich Anfang September 1912 der „Arbeiter-Radfahrer-Verein Marköbel“, der dem „Arbeiter-Radfahrer-Bund Freiheit“ angehörte. Vorsitzender war Peter Kailing. Über die Ziele des Vereins gibt ein Flugblatt Auskunft: „Da wir dank der immer weiter vorwärts schreitenden Fahrradindustrie und der sich ihr anschließenden Preisermäßigung in die Lage gekommen sind, uns mit geringen Geldmitteln in Besitz eines Fahrrades zu setzen, ist dasselbe in den letzten Jahren ein geradezu unentbehrliches Verkehrsmittel der arbeitenden Bevölkerung geworden... So ist auch der Arbeiter-Radfahrer-Bund „Freiheit“ ins Leben gerufen worden, um dem Radsport einen Halt und Rückgrat zu geben. Genannter Bund verfolgt weder politische noch religiöse Tendenzen; ist also eine rein sportliche Organisation, die es sich zur Aufgabe macht, die Pflege des Radsports namentlich in Arbeiterkreisen zu wahren und zu fordern.“

Reichstagswahlergebnisse

Die Entwicklung der SPD in Marköbel bis zum Ersten Weltkrieg spiegelt sich deutlich in den Reichstags-Wahlergebnissen wieder. Der Hanauer Reichstagswahlkreis umfasste Stadt und Landkreis Hanau, Gelnhausen und Bad Orb. Zum Landkreis Hanau gehören zu der Zeit noch die heutigen Frankfurter Stadtteile Fechenheim und Bockenheim. Nachstehend die für die SPD im ersten Wahlgang abgegebenen Stimmen (bei der Stichwahl, die notwendig wurde, wenn ein Kandidat im ersten Wahlgang nicht die absolute Mehrheit erhielt, kam es zu Wahlbündnissen verschiedener Parteien; daher sind diese Stimmenzahlen nicht aussagefähig):

1871	Ergebnis nicht bekannt
1874	1 Stimme(n)
1877	2
1878	0
1881	0
1884	2
1887	0
1890	1
1893	12
1898	47
1903	78
1907	89
1912	97

Im Wahlkreis Hanau stellte die SPD während des Kaiserreiches viermal den Reichstagsabgeordneten: 1881 Karl Frohme 1898, 1907 und 1912 Gustav Hoch.

In der Gemeindevertretung Marköbel waren Sozialdemokraten im Kaiserreich

nicht vertreten. Das lag an dem vom Vermögen und Einkommen abhängenden kommunalen Drei-Klassen-Wahlrecht. Ohne diese Benachteiligung hätten Sozialdemokraten schon nach der Jahrhundertwende etwa ein Viertel der Gemeindevertreter stellen können.

In der 50-Jahr-Feier der Marköbeler SPD 1956 heißt es im Prolog:

„Als dann nach 1904 Vertreter zur Gemeinde wurden hier gewählt, da hätten wir auf eine Stimme wenigstens gezählt, doch alles Hoffen war umsonst getan, denn 3. Klasse wählte nur der kleine Mann.“

„Meinungsäußerung nach Grundbesitz gewertet“

Die Situation in Marköbel während des Kaiserreiches charakterisiert der ehemalige SPD-Ortsvereinsvorsitzende Wilhelm Dietrich: „Das Besondere an Marköbel ist die Tatsache, dass der Ort bis 1918 - man möchte fast sagen - feudalistisch regiert wurde. Die herrschenden Familien trugen zwar keine adeligen Namen, aber immerhin vererbte sich der Bürgermeister über hundert Jahre von dem Vater auf den Sohn. Und wenn ein Gemeindevertreter wirklich einmal eine Meinung auf dem Rathaus äußerte - nach der Überlieferung soll das sehr selten geschehen sein - dann wurde sie sie gewissenhaft nach der Größe seines Grundbesitzes gewertet“.

Die letzte „kaiserliche“ Gemeindevertretung

Der letzten Gemeindevertretung der Kaiserzeit gehörten in Marköbel an:

Bürgermeister: Wilhelm Stroh

Beigeordneter: Wilhelm Lerch

Gemeinderäte:

Wilhelm Kittel, Friedrich Heinrich Lehr,
Peter Philipp Koch

Gemeindeverordnete:

Johannes Peter Gärtner, Friedrich Carl
Lehr, Johannes Meerbott, Johannes
Gärtner, Friedrich Möller, Wilhelm
Lerch, Johannes Goy (Hirzbach),
Johannes Fischer, Christian Meerbott,
Heinrich Euler, Wilhelm Stein und
Johannes Goy.

Keine Sozialdemokraten im Staatsdienst

Die Sozialdemokraten galten als „vaterlandslose Gesellen“. Sie wurden überwacht und nach Möglichkeit unterdrückt. Eine Tätigkeit im Staatsdienst war

unmöglich, wie nachfolgendes Dokument beweist. Es handelt sich zwar nicht um ein Dokument aus Hammersbach, sondern aus dem benachbarten (Nidderau-)Erbstadt. Der Großvater des Autors hatte 1907 ein Angebot zur Einstellung bei der Reichsbahn in Bad Vilbel erhalten. Der zuständige Bahnmeister bat um ein „Leumundszeugnis“ des Erbstädter Bürgermeisters. Der schrieb zurück: „Mit der Mitteilung ergebenst zurück gereicht, dass gen. Schäfer seit 4 ½ Jahren hier wohnt und Nachteiliges über denselben nicht bekannt ist, außer dass er sich bei der letzten Reichstagswahl als ein Haupt

Sozialist gezeigt hat, indem er bei den Sozialisten am Wahltage Schlepperdienst geleistet hat und ein solcher Mann im Staatsdienst nicht geeignet ist.“ Er wurde natürlich nicht eingestellt. Sozialdemokraten galten damals als Staatsfeinde.

Die Weimarer Republik 1919–1933

Ende des Kaiserreiches

Am 9. November 1918 endete mit der Abdankung Wilhelms II. das Kaiserreich. Es brach wie ein hohler Baum in sich zusammen. Letzter Anstoß war die Weigerung der Matrosen der deutschen Hochseeflotte, in letzter Minute »verheizt« zu werden, während das deutsche Kaiserreich den von den westlichen Siegermächten diktierten Waffenstillstand entgegennahm. Innerhalb weniger Tage griff die von den Kieler Matrosen ausgehende Bewegung auf ganz Deutschland über.

Diese Ereignisse waren nicht die Ursache des deutschen Zusammenbruchs, sondern nur die Folge eines vierjährigen Krieges gegen eine erdrückende Übermacht, die das deutsche Volk erschöpft hatte. Am 9. November 1918 rettete der Sozialdemokrat Scheidemann mit der Ausrufung der Republik Deutschland vor einer Räterepublik nach russischem Muster. Die Weimarer Republik erlebte nur wenige Blütejahre. Sie starb an den unversöhnlich hohen Kriegs-Reparationsforderungen der Sieger, an dem wirtschaftlichen Niedergang mit bis zu sechs Millionen Arbeitslosen und an der von Feindschaft beseelten innenpolitischen Auseinandersetzung. Die Weimarer Republik hatte keine den Staat anerkennende Opposition, sondern nur erklärte Feinde des demokratischen Staates auf der linken (KPD) und auf der

rechten Seite (Deutschnationale und Nationalsozialisten). Sie ging auch daran zugrunde, dass das national eingestellte Bürgertum den Weg zu den rechtsextremen Parteien suchte und in Verbindung mit dem Heer der Arbeitslosen Anfang der dreißiger Jahre den Aufstieg Hitlers förderte. Das bürgerliche Lager begrüßte die „Machtergreifung“ Hitlers am 30. Januar 1933 als „nationale Revolution“, ohne anfangs vielfach die Ziele und Konsequenzen des Nationalsozialismus zu durchschauen. Die Arbeiterparteien, deren Wähler reihenweise zur NSDAP überliefen, und die Gewerkschaften wurden verboten und verfolgt, die bürgerlichen Parteien lösten sich selbst auf.

„Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte“
Über die Ereignisse der Jahreswende 1918/ 1919 liegen uns keine Unterlagen vor. Doch dürfte auch hier, wie die Wahlergebnisse zeigen werden, die Spaltung der Arbeiterschaft in zwei Lager - die „Mehrheitssozialdemokraten“ (MSP = SPD) und die „Unabhängigen Sozialdemokraten“ (USPD) - nicht ohne Folgen geblieben sein. Über die Frage der Bewilligung der Kriegskredite hatte sich ein Teil der SPD-Reichstagsfraktion 1916 abgespalten und die USPD gegründet. Aus der USPD entwickelte sich der Spartakusbund und die KPD, der gemäßigte Teil der USPD kehrte wieder zur SPD zurück.

In Hanau kam es am 9. November 1918 zur Bildung eines „Arbeiter- und

Soldatenrates“. In der Folgezeit entstanden auch Arbeiter- und Soldatenräte in den Gemeinden des Landkreises Hanau. Sie nannten sich teilweise „Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte“. Sie sorgten vor allem dafür, dass die mit dem Kriegsende zusammenbrechende Versorgung der Bevölkerung aufrechterhalten blieb. Während die USPD vor allem in Hanau herrschte, hatte die SPD in den Landgemeinden den stärkeren Einfluss.

In Hanau kam es zu Unruhen und Schießereien, wobei es Tote und Verletzte gab. Am 22. Februar 1919 besetzte daraufhin Militär Hanau und verhängte den Ausnahmezustand. USPD-Funktionäre wurden verhaftet. In diesen unruhigen Zeiten wurden überall im Reichsgebiet „Einwohnerwehren“ gebildet, denen alle wehrfähigen Männer angehören sollten und deren Aufgabe es unter anderem war: „Festnahme von Raub- und Diebesgesindel, Beseitigung aller aufhetzenden Flugblätter, Zerstreuung aller über 10 Personen starken Ansammlungen und Beobachtung aller Häuser auf Spartakus-Anhänger und Waffenverstecke“. Auch in Marköbel wurde eine Einwohnerwehr gebildet, wie aus einer Akte im Gemeindearchiv hervorgeht. Die 45 Mitglieder sind namentlich überliefert. Leider gehen aus der Akte keine näheren Einzelheiten über die damaligen politischen Verhältnisse in der Gemeinde und die praktische Tätigkeit der örtlichen „Einwohnerwehr“ hervor.

1919: Vier Wahlen in fünf Monaten

Von Januar bis Mai 1919 fanden vier Wahlen statt: zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung in Weimar, zum Preußischen Landtag, zum Kreistag und zur Gemeindevertretung. Erstmals waren alle Männer und Frauen ab dem 21. Lebensjahr ohne Einteilung nach Vermögen und Einkommen wahlberechtigt.

Bei der Zusammenstellung der Wahlunterlagen sind wir auf die Berichterstattung der Hanauer Zeitung bzw. des Hanauer Anzeigers aus der damaligen Zeit angewiesen, denn Gemeindeakten bestehen nicht mehr.

SPD erhält 76 Prozent der Stimmen

Bei der ersten Wahl am 19. Januar 1919 zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung erhielt die SPD in Marköbel 985 der 1297 abgegebenen Stimmen. Das sind 75,9 Prozent. Eine Woche später bei der Wahl zum Preußischen Landtag entfielen bei nur 656 abgegebenen Stimmen 316 auf die SPD (48,2 Prozent).

Nachstehend die Ergebnisse der Reichs- und Landtagswahl 1919 in Marköbel:

Partei	Nationalversammlung	Landtag
Deutsch nationale Volkspartei	88	110
Deutsche Volkspartei	41	79
Zentrum	14	10
Deutsche Demokratische Partei	123	101
SPD	985	316
USPD	46	40
abgegebene Stimmen	1297	656

Kreistagswahl

Bei der Kreistagswahl am 4. Mai 1919 entfielen in Marköbel auf die

Bürgerliche Liste	248 Stimmen
SPD	189 Stimmen
USP	34 Stimmen

Fünf SPD-Gemeindevertreter

Bereits einen Monat vorher fand die erste freie Wahl zur Gemeindevertretung statt. Das genaue Stimmenergebnis ist in den Hanauer Zeitungen nicht abgedruckt, lediglich die Zusammensetzung der Gemeindevertretung. Danach gehörten dem Gemeindeparlament an: 5 Vertreter der Landwirte, 5 Arbeitervertreter und 2 Gewerbetreibende. Gewählt wurden:

Arbeitervertreter: Leonhard Kailing, Wilhelm Schnitzer, Friedrich Wilhelm Goldacker, Friedrich Martin Kailing, Johannes Schmidt.

Landwirte: Friedrich Carl Lehr, Johannes Gärtner, Friedrich Möller, Wilhelm Lerch, Christian Meerbott.

Gewerbetreibende: Friedrich Heinrich Dietrich, Johannes Goy.

Kaufmann Dietrich wird Bürgermeister

Die Marköbeler Gemeindevertretung wählte am 30. September 1919 den Kaufmann Friedrich Heinrich Dietrich zum Bürgermeister und den Maurer Friedrich Wilhelm Goldacker zum Beigeordneten. Mitglieder des Gemeinderates (heute etwa Gemeindevorstand) wurden Johannes Peter Gärtner, Friedrich Heinrich Hermann II und Johannes Schwarzhaupt.

Der letzte Bürgermeister aus der Dynastie Stroh schrieb am 1. Oktober 1919 u. a. in das „Gerichtsbuch“ (Protokollbuch) der Gemeinde: „...Wie daraus zu sehen, wurde das ganze alte Regime beseitigt... Hiermit schließt die Generation Stroh, nachdem 106 Jahre die Bürgermeistergeschäfte in deren Hände lagen. Möge es der Gemeinde immer gut gehen, dies ist mein Wunsch. Das walte Gott.“

Inflation und Arbeitslosigkeit

Der Wert der Deutschen Mark sank im ausländischen Geldverkehr und erreichte im November und Dezember 1923 den Tiefstand: Für einen Dollar wurden 4,2 Billionen Papiermark gezahlt. Zur Stabilisierung wurde die sog. „Rentenmark“ ausgegeben, die im internationalen Verkehr als Goldmark zählte. Die Inflation hatte viele kleine Leute um ihre letzten Ersparnisse gebracht. Auf dem Tiefpunkt der Währung wurde täglich der Lohn ausgezahlt, um wenigstens das Notwendige zum Leben einkaufen zu können. Bürgermeister Dietrich schrieb im Januar 1923 in das „Gerichtsbuch“: „Die Teuerung ... ist zu einer Katastrophe geworden. Zurzeit kosten alle Nahrungsmittel, Kleidungsstücke und Gebrauchsgegenstände mehr als das Tausendfache des Vorkriegspreises. Kartoffeln kosten 700 Mark pro Zentner, ein Laib Brot 545 Mark“. Ein Jahr später stellte er fest, dass sich das Wirtschaftsleben allmählich wieder auf normale Verhältnisse zurückbaue.

Aber leider nur für wenige Jahre. Ende der Zwanziger Jahre begann eine neue

Wirtschaftskrise mit Millionen von Arbeitslosen und damit das Ende der Republik.

Die letzten 50 Arbeitslosen in Marköbel fanden laut Hanauer Anzeiger vom 25. August 1934 durch Aufnahme von Notstandsarbeiten (Steinbruch und Wegebau) wieder Arbeit und Brot.

Gemeindewahl 1924

Bei der zweiten Gemeindewahl in der Weimarer Republik dürfte sich an der politischen Zusammensetzung der Gemeindevertretung wenig geändert haben. Wahlergebnisse liegen uns nicht vor, da im Hanauer Stadtarchiv die Zeitungsjahrgänge 1923-1927 durch Kriegseinwirkung verloren gegangen sind. Nach dem Protokollbuch der Gemeinde Marköbel setzt sich die Gemeindevertretung bei der konstituierenden Sitzung am 23. Mai 1924 wie folgt zusammen (Angaben über Parteizugehörigkeit sind nicht enthalten): Wilhelm Goldacker, Johannes Goy, Peter Phil. Koch, L. Wilhelm Schnitzer, Friedrich W. Schmidt, Friedrich Martin Kailing, Georg Dauth, Johannes Schmidt, Peter Ludwig Koch, Philipp Meerbott, Jakob Heinrich Möller und Friedrich Wilhelm Schneider II. Dem Gemeindevorstand (Schöffen) gehören an: Johannes Peter Gärtner, Friedrich Heinrich Hermann II, und Heinrich Heck.

1925: Wilhelm Goldacker erster SPD-Bürgermeister

Noch der Kommunalwahl 1924 wurde

Friedrich Wilhelm Schneider II. Bürgermeister. Über eine Wahlhandlung ist in den Protokollen nichts vermerkt. Er blieb kaum ein Jahr im Amt. Über die Gründe der Ablösung ist in den Gemein-deakten nichts überliefert. In der Bevölkerung ist der Ausdruck „Sommer-König“ überliefert.



Wilhelm Goldacker wird 1925 erster sozialdemokratischer Bürgermeister in Marköbel

Am 8. August 1925 wurde der Maurerpolier Wilhelm Goldacker als erster Sozialdemokrat Bürgermeister in Marköbel, Er erhielt in der Gemeindevertretung sieben Stimmen, seine Konkurrenten Kaufmann Wilhelm Ravier und Kaufmann Friedrich Heinrich Dietrich eine Stimme. Am 7. August 1926 wurde die bisher nebenamtliche

Bürgermeisterstelle durch Mehrheitsbeschluss der Gemeindevertreter in eine hauptamtliche Stelle umgewandelt und in der gleichen Sitzung Wilhelm Goldacker als erster hauptamtlicher Bürgermeister ohne Gegenkandidaten mit neun Stimmen bei drei ungültigen Stimmen für 12 Jahre [bis 1938] gewählt. (Knapp sieben Jahre später musste Goldacker sein Amt auf Anordnung des Staatskommissars Hanau Stadt und Land, dem späteren NS-Landrat Löser, niederlegen.)

Kommunale Ereignisse der 20erJahre

In dem Niederschriftenbuch über die Gerichtssitzungen, den alljährlich im Januar stattfindenden gemeinsamen Sitzungen von Bürgermeister, Gemeindevorstand und Gemeindevertretung, in denen die „Gemeindediener“ (Rechner, Nachtwächter, Hirten, Wald- und Feldhüter usw.) für ein Jahr bestellt und das Feuerlöschwesen festgelegt wurden, finden sich für die Jahre 1920 bis 1929 einige interessante Anmerkungen über das Gemeindegeschehen:

- 1920 zwei neue Glocken für die im Krieg abgegebenen gekauft, der Straßenbau nach Hütten-gesäß beginnt, der Sportplatz Weinberg wird hergerichtet,
- 1921 Marköbel und Hirzbach werden an die elektrische Beleuchtung angeschlossen, in der Langenbergheimer Straße entsteht ein neuer Brunnen,
- 1922 das Denkmal für die Toten des Weltkrieges wird eingeweiht,



Die Straße nach Hüttengesäß in den zwanziger Jahren.



Der erste Autobus nach Ostheim 1925 steht vor dem Rathaus zur Abfahrt bereit. Vor dem Rathaus ist noch der Anbau des Gendarmeriehauses und hinter dem Rathaus das Spritzenhaus zu sehen.

- 1923 Kirchturm und Turm des Ober-
tores werden renoviert,
Freiwillige Feuerwehr gegründet,
Einnahmen aus Holzverkäufen
und Jagdpacht reichen nicht
aus, Gemeinde muss zusätzlich
Steuern erheben,
- 1925 Autobusverbindung nach Ost-
heim,
- 1926 Leichenhalle Im Rohbau fertig,
an der Lindenstraße (Friedhof)
werden 30 Lindenbäume ge-
setzt,
- 1928 Krebsbachregulierung
Anschluss an die Kreiswasser-
versorgung.

Gemeindewahl 1929

Zur Gemeindewahl am 17. November
1929 kandidierten SPD, KPD und
Bürgerliche Liste. Das Wahlergebnis:

SPD	289 Stimmen = 5 Sitze
KPD	70 Stimmen = 1 Sitz
Bürgerliste	393 Stimmen = 6 Sitze

In die neue Gemeindevertretung zogen
ein: Friedrich Martin Kailing, Georg
Dauth, Peter Ludwig Koch, Philipp
Meerbott, Jakob Möller, Jakob Schnei-
der, Peter Ludwig Bender, Wilhelm Rau,
Wilhelm Ludwig, Fritz Lerch, Wilhelm
Trebing und Wilhelm Bär.

Bei der Gemeindevorstandswahl lagen
zwei Listen vor: Liste der Arbeiter und Lis-
te der Landwirte und Gewerbetreibenden.

Nach der Verhältniswahl entfielen zwei
Sitze auf die Landwirte und ein Sitz auf

die Arbeiter. Gewählt waren: Heinrich
Dietzel, Johannes Schwarzhaupt und
Karl Krauch.

20 Prozent Lohnsenkung für Gemeinde- bedienstete

Über die leidenschaftlichen politischen
Auseinandersetzungen der zwanziger
Jahre liegen im Gemeindearchiv keine
Unterlagen vor. Die Beschlussprotokoll-
bücher der Gemeindevertretung geben
darüber keinen Aufschluss. Nur in einem
Fall berichtet der Protokollführer: Im
Rahmen des allgemeinen wirtschaftli-
chen Rückganges hatte 1931 eine
Mehrheit von 7:5 Stimmen dem Vor-
schlag des Gemeindevorstandes zuge-
stimmt, den Tarifvertrag für die
Gemeindebediensteten zu kündigen,
„um eine Einsparung in den Gehältern
vornehmen zu können“. Der
Dringlichkeitsantrag der SPD in der
folgenden Gemeindevertretersitzung,
diesen Beschluss wieder aufzuheben,
wurde mit Mehrheit abgelehnt.
Darauffhin, so das Protokoll, gab
„Gemeindevertreter Trebing die Erklä-
rung ab, dass sich die Vertreter der SPD
an der Lohnsenkung der Gemeinde-
bediensteten (um 20 Prozent) nicht
beteiligen würden. Die Gemeinde-
vertreter Kailing, Bender, Bär, Ludwig
und Trebing verließen die Sitzung“.

Wilhelm Dietrich erinnert sich

Schriftliche persönliche Aufzeichnungen
für die Zeit der Zwanziger und Dreißiger
Jahre liegen uns von dem ehemaligen
Ortsvereinsvorsitzenden und Gemeinde-
vertretervorsitzenden Wilhelm Dietrich

(Jahrgang 1914) vor. Er schreibt: „Meine erste Konfrontation mit den Sozialdemokraten und der Arbeiterbewegung überhaupt lag noch in meiner Schulzeit. Der 1. Mai, von der eben gegründeten II. Sozialistischen Internationalen 1889 in Paris zum Weltfeiertag der Arbeiter erklärt, war auch in der Weimarer Republik noch kein gesetzlicher Feiertag. Wie hätte das auch gehen sollen? Auch daran sollten wir uns einmal erinnern. Die Sozialdemokraten verfügten zu keiner Zeit im Deutschen Reichstag über eine Mehrheit, nicht einmal zusammen mit den Kommunisten. Von 14 Reichskanzlern stellte die SPD ganze 4, jeweils in Koalitionsregierungen. Von den 169 Monaten, die die Weimarer Republik alt geworden ist, haben, alles in allem, SPD-Reichskanzler 48 1/2 Monate regiert. Diese an sich bekannte Tatsache wird hier nur deshalb noch einmal erwähnt, weil unsere politischen Gegner, gegen besseres Wissen, immer wieder behaupten, und Unwissende glauben es, die SPD hätte die Weimarer Republik zu Grunde gerichtet. Aber nicht Sozialdemokraten haben das getan, sondern die bürgerlichen Parteien. Aber zurück zum 1. Mai. Eines hatte die SPD zusammen mit den Gewerkschaften durchgesetzt: Schulkinder mussten am 1. Mai vom Unterricht befreit werden, wenn die Eltern es wollten.

Offt waren die Kinder von dieser Befreiung gar nicht so sehr begeistert, obwohl wir auch nicht gerne zur Schule gingen, denn die meisten Eltern machten von

diesem Recht keinen Gebrauch, Zu tief saß anscheinend noch die Scheu vor der Obrigkeit, zu der mindestens bis zum Ende des Ersten Weltkrieges auch die Arbeitgeber gehörten. So blieb der politische Bekennermut auch in den Weimarer Zeiten eine Rarität.

Maifeiern

An zwei Maifeiern kann ich mich noch deutlich erinnern. Eine in Oberissigheim und eine in Windecken. Zu beiden Veranstaltungen, die den ganzen Tag dauerten, gingen wir von Marköbel aus gemeinsam zu Fuß. Neben dem offiziellen Teil solcher Tage der Solidarität, Kundgebungen und so weiter, gab es ein wichtiges Thema: den 1. Mai. Die Alten erzählten, wie es früher war, vor dem Weltkrieg. Der Erste Weltkrieg hieß damals noch DER Weltkrieg, denn der Zweite lag ja noch unter dem Mantel der Zukunft verborgen.

Leider sind der Nachwelt diese Erzählungen zum größten Teil nicht erhalten geblieben. Wenn ich mich, und hoffentlich sind es einige mehr, an Details erinnere, dann werden es nur Bruchstücke sein, leider. Vor allem die Bauarbeiter, die Maurer und Zimmerleute erzählten, wie sie ihren 1. Mai feierten, der Arbeit fernblieben, dafür am nächsten Tag den „Pappdeckel“ bekamen, das heißt im Schuldeutsch, entlassen wurden von ihrem Arbeitgeber. Trotzdem feierten sie im nächsten Jahr wieder ihren 1. Mai - und wurden wieder entlassen. Oder sie schilderten,

wie sie oft wegen einem halben Pfennig wochenlang streikten.

Frage nach dem „Bilderbuch“

Wenn einer neu auf den Bau kommt, erzählte ein alter Maurer (ich glaube, es war Johannes Schwarzhaupt), dann dauerte es in der Regel nicht bis zur Mittagspause, bis der Neuling nach seinem „Bilderbuch“ gefragt wurde. Gemeint war das Mitgliedsbuch der Gewerkschaft (damals hieß es noch Verband). Konnte der Mann keine Verbandszugehörigkeit nachweisen und war er auch nicht bereit, dem Bauarbeiter-Verband beizutreten, dann wurde er gemeinsam von allen Kollegen vom Bau geekelt.

Eine andere Episode aus der Vorkriegszeit: Eine Parteiversammlung zwischen 1904 und 1914 (Anmerkung der Redaktion: es handelt sich wohl um die bereits erwähnte Veranstaltung am 15. August 1909). Keiner der Marköbeler Gastwirte wollten den Roten einen Raum zur Verfügung stellen. Notgedrungen musste die Versammlung im Garten von Fritz und Peter Kailing in der Hauptstraße 63 und 65 stattfinden. Aber auch das ging nicht ohne Komplikationen ab. Vor dem Haus hatte sich ein Gendarm postiert. Doch die Besucher schlugen dem Hüter des Gesetzes ein Schnippchen, sie kamen übers Feld und durch die Hintertür in den Garten.

Von 1799 ab bis 1919, also 120 Jahre, regierte in Marköbel die Bürgermeister-Dynastie Stroh, ein Festhalten am

Alten, das wohl einzigartig ist, so jedenfalls steht es in der Festschrift '1100 Jahre Marköbel' zu lesen. Die 'Einzigartigkeit der Stroh-Ära' beleuchtet eine kleine Geschichte, die einmal Johannes Goldacker, Büdinger Straße, im Jahre 1977 fast 90-jährig verstorben, erzählt hatte: 'Als ich noch ein ganz junger Bursche war, ich arbeitete damals in Frankfurt, wurde meine Mutter eines Tages zum Bürgermeister in sein Haus in die Kirchstraße beordert. Dort eröffnete ihr der Bürgermeister: ‚Dein Junge will wählen! Weißt du, dass er dann auch Steuern bezahlen muss?‘ Soweit Johannes Goldacker.

Zu der sich eigentlich doch recht harmlos anhörenden bürgermeisterlichen Belehrung bedarf es wahrscheinlich einer erklärenden Bemerkung. Das Menetekel lag nicht im Inhalt des Gespräches, sondern im Unterton, aus dem ganz deutlich die Drohung herauszuhören war, denn Stroh war nicht nur Bürgermeister, sondern auch größter Landbesitzer der Gemeinde und viele kleine Leute standen bei ihm in der Kreide. Der Zyklus der Stroh-Dynastie wurde erstmals im Jahre 1919 durchbrochen, als die Gemeindevertretung den Kaufmann Heinrich Dietrich zum Bürgermeister wählte. Er war kein Sozialdemokrat. Der erste und auch einzige SPD-Bürgermeister vor 1933 war der Maurer Wilhelm Goldacker. Zuerst in der Erbsenstraße 5 wohnhaft, übernahm er dann das Haus Roßdorferstraße 5 im Rohbau von Julius Lichtenstein. Das wäre auch schon der klägliche

che Rest von Erinnerungen und Eindrücken älterer Genossen und Freunde, die ich hier posthum aufzeichnen durfte

Neben den vagen Erinnerungen an zwei Maifeiern blieb mir das politische Leben, das meine frühe Jugend begleitete, weitgehend verborgen oder ist im Dunkel des Vergessens verschwunden. Ich weiß nur noch, dass mein Vater jahrelang die Beiträge für die 'Partei' eingesammelt hat. Bei uns zu Hause wurde nur von der Partei gesprochen, wenn die SPD gemeint war." Soweit der inzwischen verstorbene Wilhelm Dietrich in seinen lebendigen schriftlich hinterlassenen Erinnerungen.

25-Jahr-Feier

Am 3. Mai 1931 beging der Ortsverein im „Waldhof“ seine Jubiläumsfeier mit Tanzbelustigung. Einzelheiten dazu waren nicht in Erfahrung zu bringen. In

den Hanauer Zeitungen ist kein Bericht veröffentlicht.

Der „braune Spuk“ ist bald vorüber

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler Reichskanzler einer Koalitionsregierung aus Nationalsozialisten und Deutschnationalen. In sozialdemokratischen Kreisen rechnete man anfangs damit, dass der „braune Spuk“, wie so viele Koalitionsregierungen der Weimarer Republik, bald vorüber sei. Aber die Entwicklung sollte anders verlaufen, Hitler erreichte die Auflösung des Reichstages und Neuwahlen am 5. März 1933, um seine parlamentarische Mehrheit zu stärken und um durch ein Ermächtigungsgesetz die politischen Gegner ausschalten zu können.

Eine Woche vor der Wahl brannte der Reichstag. Der Brand wurde vorsätzlich gelegt - von wem ist bis heute umstritten.



Blick auf die Gaststätte „Waldhof“

Die NS-Propaganda machte sofort die Kommunisten dafür verantwortlich, verhaftete deren Funktionäre und verbot die kommunistische Partei und vorübergehend auch die sozialdemokratische Presse. Der Reichspräsident von Hindenburg erließ eine „Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat“, welche die verfassungsmäßigen Garantien der persönlichen Freiheit aufhob. Diese Notverordnung gab Hitler die Möglichkeit, auf legalem Weg innerhalb weniger Monate seine politischen Gegner auszuschalten.

NSDAP erhält 1933 die meisten Stimmen

Bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 wurden in Marköbel Stimmen für folgende Parteien abgegeben:

NSDAP	419 Stimmen
SPD	309 Stimmen
KPD	60 Stimmen
Schwarz-Weiß-Rot	40 Stimmen
Christl. Soz. Volksdienst	37 Stimmen
Zentrum	11 Stimmen
Staatspartei	8 Stimmen
Deutsche Volkspartei	1 Stimme

Die NSDAP war zwar mit weitem Vorsprung stärkste Partei geworden, aber die anderen Parteien zusammen lagen mit 47 Stimmen vor den Nationalsozialisten.

Wahlen zur Gemeindevertretung und zum Kreistag

Bereits eine Woche später fanden Wahlen zur Gemeindevertretung und zum Kreistag statt. Es sollten die letzten sein für die nächsten 13 Jahre.

Auf der Liste für die Kreistagswahlen standen aus Marköbel: NSDAP: Platz 20, Heinrich Dietzel, SPD: Platz 8, Wilhelm Goldacker und auf Platz 23 Wilhelm Trebing. Nationale Bürgerliste (laut Hanauer Anzeiger vom 4.3.1933 ein Zusammenschluss von Deutschnationalen, Deutscher Volkspartei, Christl. Soz. Volksdienst, Kreisbauernschaft, Handwerker, Haus- und Grundbesitz sowie Obstbauverein!): Platz 15, Wilhelm Grüner und Platz 17 Konrad Gersting.

Bei der Kreistagswahl erhielten in Marköbel:

NSDAP	427 Stimmen
SPD	325 Stimmen
KPD	51 Stimmen
Nat. Bürgerliste	59 Stimmen
Kampfgemeinschaft der Arb. u. Bauern	6 Stimmen

Die bürgerlichen Parteien erhielten mit 13 von 25 Sitzen erstmals die absolute Mehrheit im Kreistag. Auf SPD und KPD entfielen je 6 Sitze.

Arbeiterliste 1933 noch mit 42,2 Prozent

Für die Gemeindevertretung Marköbel kandidierten die Bürgerliche Einheitsliste (einschließlich der NSDAP), die Arbeiterliste und der Christlich-Soziale Volksdienst. Die Bürgerliche Einheitsliste erhielt 428 Stimmen (49,6 Prozent) und verfehlte knapp die absolute Mehrheit, auf die Arbeiterliste entfielen 364 Stimmen (42,2 Prozent) und auf den Christlich-sozialen Volksdienst 71 Stimmen (8,2 Prozent).

In die zwölfköpfige Gemeindevertretung zogen ein:

Bürgerliche Einheitsliste: Heinrich Dietzel, Kaufmann, Heinrich Möller, Landwirt, Jakob Schneider, Metzgermeister, Friedrich Meerbott, Landwirt, Fritz Lerch, Landwirt und Wilhelm Rau, Kaufmann.

Arbeiterliste: Wilhelm Ludwig, Maurer, Heinrich Gleiß, Diamantschleifer, Wilhelm Bär, Maurer, Heinrich Schmidt und Wilhelm Trebing,

Christlich-Sozialer Volksdienst: Konrad Gersting, Kaufmann.

Bürgermeister von Marköbel war nach wie vor Wilhelm Goldacker (SPD). Die NSDAP, die zu diesem Zeitpunkt in Marköbel 33 Mitglieder hatte, kandidierte nicht offen, sondern hatte ihre Vertreter in der Bürgerlichen Einheitsliste.

„Tag der Nationalen Erhebung“

Auch in Marköbel feierte das bürgerliche Lager die „Machtergreifung“ als nationale Erhebung. Im Hanauer Anzeiger ist ein ausführlicher Bericht über die Feier in Marköbel zum sogenannten „Tag der nationalen Erhebung“ am 21. März 1933 enthalten (in der Potsdamer Garnisonskirche wurde am Grab Friedrich des Großen in Anwesenheit des Reichspräsidenten Hindenburg und des Reichskanzlers Hitler ein Staatsakt als Zeichen der „nationalen Erhebung“ gefeiert):

„Der nationale Feiertag wurde in seltener Begeisterung und Anteilnahme der Einwohnerschaft gefeiert. Der ganze

Ort war mit Flaggen reich geschmückt. Eingeleitet wurden die Feierlichkeiten durch Glockengeläut und einen Festgottesdienst in der überfüllten Kirche. Der Staatsakt in Potsdam wurde durch Rundfunk übermittelt; zwei Großlautsprecher auf dem Kirchplatz sorgten für eine einwandfreie Übertragung. Von 2-3 Uhr fand ein Platzkonzert am Rathaus statt. Um 8 Uhr abends bewegte sich dann ein großer Fackelzug unter Beteiligung der nationalen Verbände und Vereine, der Schule und der Einwohnerschaft durch die Ortsstraßen nach der Straßenkreuzung an den Hirzbacher Höfen. Hierselbst wurde nach einer Begrüßungsansprache des Ortsgruppenleiters der NSDAP Dietzel ein großes Freudenfeuer abgebrannt. Nach Gedichtsvorträgen von Schulkindern hielt Herr Hauptlehrer Pfeiffer eine Ansprache, der Gesangsvorträge des Kirchenchors und des Gesangsvereins „Frohsinn“ sowie Musikvorträge folgten. Eine Abordnung von Krieger- und Militärverein gab Salutschüsse ab. Während der Feier traf auch ein Fackelzug von Rüdighheim unter stürmischer Begeisterung ein. Nach dem Gesang des Deutschland- und Horst-Wessel-Liedes bewegte sich der Fackelzug wieder zurück nach dem Kirchplatz, woselbst er sich selbst auflöste.“

„Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten“

Am 23. März 1933 verabschiedete der Reichstag gegen die Stimmen der SPD das „Ermächtigungsgesetz“ (offiziell „Gesetz zur Behebung der Not von Volk

und Reich“). In unsere Zeit übertragen würde das Gesetz bedeuten: Die Bundesregierung kann ohne Bundestag und Bundesrat Gesetze beschließen, die auch von dem Grundgesetz abweichen können! Heute unvorstellbar. Alle bürgerlichen Parteien stimmten damals zu.

Die mutige Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Otto Wels im Reichstag zu dem Ermächtigungsgesetz gehörte zu den letzten Stimmen der Freiheit in Deutschland. Die Presse durfte sie nicht mehr verbreiten. Hier nur wenige Auszüge: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht... Wir Sozialdemokraten wissen, dass man machtpolitische Tatsachen durch bloße Rechtsverwahrungen nicht beseitigen kann... Wir sehen die machtpolitische Tatsache ihrer augenblicklichen Herrschaft, aber auch das Rechtsbewusstsein des Volkes ist eine politische Macht, und wir werden nicht aufhören, an dieses Rechtsbewusstsein zu appellieren... Wir stehen zu den Grundsätzen des Rechtsstaates, der Gleichberechtigung, des sozialen Rechts... Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. . . Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekenner-

mut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft.“

Bürgermeister Goldacker beurlaubt

Am 10. April 1933 leitete Wilhelm Goldacker als Bürgermeister zum letzten Mal eine Gemeindevertretersitzung. Knapp zwei Wochen später wurde er von seinem Amt beurlaubt. Im Hanauer Anzeiger vom 22. April 1933 heißt es: »Von der Nachrichtenstelle des Staatskommissars für Hanau Stadt und Land wird mitgeteilt, dass im Landkreis Hanau folgende Bürgermeister beurlaubt sind: Marköbel: Bürgermeister Goldacker beurlaubt, Gemeindevorstand Dietzel kommissarisch beauftragt.“ Mit Goldacker wurden die Bürgermeister von Bergen, Langendiebach, Bruchköbel und Bischofsheim abgesetzt.



SPD-Bürgermeister Goldacker wird 1933 „beurlaubt“ (Hanauer Anzeiger vom 22.04.1933)

Verbot der SPD

Am 22. Juni 1933 wurde die SPD in Deutschland verboten. Alle Gemeindevertreter wurden sofort von der Ausübung ihrer Mandate ausgeschlossen, Parteiversammlungen verboten. Die Gemeindevertreter erhielten hektografierte Schreiben des Kreises, in denen nur noch der Name handschriftlich eingetragen wurde. Die Marköbeler Gemeindevertretung bestand von nun an bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges aus sieben Mitgliedern.



Der Hanauer Anzeiger berichtet vom SPD-Verbot zum 22.06.1933

Sängergruß „gleichgeschaltet“

Bereits vor dem Verbot der SPD wurden alle Vereine - insbesondere die sozialdemokratischen- „gleichgeschaltet“, das heißt sie wurden verboten oder zwangsweise zusammen geschlossen. Im Zuge dieser „Gleichschaltung“ der Vereine wurde der Vorstand des Gesangvereins Sängerguß« am 15. März 1933 aufgelöst. Nach den neuen Vorschriften musste der Vereinsvorstand zu 51 Prozent im Einvernehmen mit dem NSDAP-Ortsgruppenleiter nationalsozialistisch besetzt sein. In dem Schreiben

an den Vorsitzenden Peter Koch schrieb der kommissarische Bürgermeister Dietzel u. a.: „Da eine Gleichschaltung aus Ihren Mitgliederreihen praktisch unmöglich ist, sehe ich mich gezwungen, den bestehenden Vorstand aufzulösen. Die Neubildung wird derart vollzogen, dass die drei nachstehenden Mitglieder der NSDAP für die Folge mit noch zwei Mitgliedern Ihres Vereins den neuen Vorstand bilden. Als Vorsitzender Heinrich Dietzel, Ortsgruppenleiter, Kassenbuchführer Wilhelm Schmidt, Sattler, Schriftführer Georg Emmerich, Zimmermann. Die beiden Leute, die Sie in Vorschlag bringen, wollen Sie umgehend angeben“.

Peter Koch in Schutzhaft

Am 20. Juni 1933 wurde das Vereinsvermögen beschlagnahmt und am 24. Juni berichtet der Hanauer Anzeiger, dass der Zimmermann Peter Koch „wegen Bereitung von Schwierigkeiten bei der Beschlagnahme von Gegenständen“ in Schutzhaft genommen worden sei.

Am 20. Juli 1934 erfolgte die Enteignung des Vermögens des „Sängergußes“ zu Gunsten des preußischen Staates. Das Vermögen bestand in einem Sparkassenbuch über 107,81 RM. Am 22. August 1934, schlossen sich in der Gaststätte Bär die beiden Gesangvereine „Frohsinn“ und „Sängerguß“ zusammen. Die Verschmelzung sei einstimmig in einer gemeinsamen Versammlung beider Vereine beschlossen worden, berichtet der Hanauer

Anzeiger. Die Verschmelzung scheint jedoch nicht ganz so einstimmig erfolgt zu sein, denn bei einer Umfrage des Landrates 1942 nach Einzelheiten zu den bestehenden Vereinen, schreibt Bürgermeister Dietzel sowohl an den Gesangverein „Frohsinn“, zu Händen Konrad Eyrich, und an den Gesangverein „Sängergruß“, zu Händen Johannes Goldacker. Auf die vorgeschriebene Frage, ob die Auflösung freiwillig erfolgte, schrieb Goldacker „nein“ und Eyrich „ja, da 22 Sänger einberufen sind“.

Gemeindevertreter werden vereidigt

In der Gemeindevertretersitzung am 17. Oktober 1933 wurde Heinrich Dietzel von den sieben verbliebenen Gemeindevertretern einstimmig zum Bürgermeister gewählt.

1934 müssen die Gemeindevertreter und Schöffen einen Eid auf Adolf Hitler ablegen...

Neue Gemeindeordnung

Am 1. April 1935 trat eine neue Gemeindeordnung in Kraft, die den Bürgermeister zum allein entscheidenden „Leiter der Gemeinde“ machte. Die Gemeindevertreter -jetzt „Gemeinderäte“ genannt - hatten nur noch eine beratende Funktion. Ihre Aufgabe war es, „die dauernde Föhlung der Verwaltung der Gemeinde mit allen Schichten der Bürgerschaft zu sichern“. Die Gemeinderäte wurden durch den NSDAP-Beauftragten im Benehmen mit dem Bürgermeister auf sechs Jahre berufen.

Das „Führerprinzip“ hielt nun auch in den Gemeinden Einzug. Wie in allen anderen Gemeinden wurden nun auch in Marköbel zwei Protokollbücher geführt: Das „Entschlussbuch des Leiters der Gemeinde“ und das „Niederschriftenbuch über die Gemeinderats-Sitzungen“. Die Protokolle im Beschlussbuch beginnen regelmäßig mit der Formulierung „Ich habe mich entschlossen...“

Der Bürgermeister ist zwar „Leiter der Gemeinde“, aber in einem uns heute unvorstellbaren Maße von der Aufsichtsbehörde, dem Landrat, abhängig. Immer wieder heißt es im Beschlussbuch; „...vorbehalftlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörden.“

Bauern stark verschuldet

Wilhelm Dietrich erinnert sich an das Ende der Weimarer Republik und den Beginn des „Dritten Reiches“: „Das erste Hakenkreuz bekam ich in der Maschinenfabrik zu sehen, in der ich seit April 1929 in der Lehre war. Irgendjemand hatte es an die Wand gemalt, und keiner wusste damit etwas anzufangen. Das sind Kaisertrere, erklärte mir eine Cousine, die ich danach gefragt hatte. Das anfangs der Dreißiger Jahre noch weitgehende Unbekanntsein des Hakenkreuzes sollte sich bald und gründlich ändern. Die allgemeine Not trieb die Menschen den radikalen politischen Gruppierungen zu. Aus allen größeren Städten des gesamten Reichsgebietes wurden Straßen- und Saalschlachten gemeldet.

In Marköbel wurden täglich Pfandversteigerungen bekannt gemacht. Die Bauern waren meistens bei Juden verschuldet. In Marköbel gab es 14 Judenfamilien, die alle mit Vieh oder Landprodukten handelten, so war es ganz natürlich, dass gerade bei ihnen die Bauern Schulden hatten.

Da kamen die Nazis mit den Parolen, wie: „Die Juden sind unser Unglück! - Die Juden sind an allem schuld!“ Von den Bauern wurden die Parolen begierig aufgenommen. Endlich gab es ein personifiziertes Feindbild. Endlich wussten sie, wer an ihrer Misere schuld war. In Scharen liefen die Bauernjungen zur SA, oder die etwas Vorsichtigeren zum Stahlhelm, der später allerdings von der SA vereinnahmt wurde.“

Kein Geld für Gemeindesteuern

Die Ausführungen Dietrichs spiegeln sich auch in den Gemeindevertreterprotokollen wieder, in denen z.B. über die äußerst mangelhafte Steuerzahlungsmoral der Bürger Klage geführt wird. Bereits Bürgermeister Goldacker als auch später Bürgermeister Dietzel forderten mehrfach die Gemeindevertreter auf, sie sollten doch mit gutem Beispiel vorangehen und wenigstens ihre Gemeindesteuern zahlen. Im August 1935 ordnete der Bürgermeister die Beschlagnahme der Milchgelder für rückständige Steuerzahlungen an.

Dietzel vermutete in der Gemeindevertretersitzung sogar einen „Steuerboycott“. (Ein aufschlussreiches Schlag-

licht nach 2 1/2 Jahren NS-Herrschaft!) Der Ortsbauernführer Schneider stellt lapidar fest, »dass die Bürgerschaft z. Zt. über keine Mittel verfüge, um zahlen zu können«. Doch zurück zu dem Bericht von Wilhelm Dietrich:

„Eiserne Front“

„Am 17. Juli 1932 fand der erste große Propaganda-Marsch der als Reaktion auf die rechtsstehende „Harzburger Front“ von der SPD, den freien Gewerkschaften und den Arbeitersportvereinen neugegründeten 'Eisernen Front' durch mehrere Ortschaften statt. Ihr Symbol waren drei Pfeile am Rockaufschlag. Es nutzte nichts. Am 31. Juli 1932 wurde der Reichstag neu gewählt. Die Nazis kamen von 107 auf 230 Sitze im Reichstag.

Wachlokal in der Schreinerei Fritz Koch

Die Arbeitslosenzahl war inzwischen auf fast 7 Millionen angestiegen. Auch in Marköbel stand noch kaum einer im Arbeitsverhältnis.

Am 6. November 1932 wurde der Reichstag wiederum neu gewählt. Jetzt fielen die Nazis von 230 auf 196 Sitze zurück. Professor Nölting jubelte in der „Volksstimme“: „Der Nazi-Spuk ist vorbei!“ Und nicht nur er dachte so.

Trotz des euphorischen Glaubens an den Niedergang der NSDAP oder gerade deshalb befürchtete man, die Nazis würden, ähnlich wie am 9. November 1923 in München mit ihrem so genannten Marsch zur Feldherrn-

Halle, einen Putschversuch wagen. Deshalb wurde den Männern der ‚Eisernen Front‘ höchste Wachsamkeit aufgetragen. Auch in Marköbel! wurden Wachlokale eingerichtet. Zum Beispiel in der Wohnung des Genossen Peter Schmidt in der Hauptstraße und in der Schreinerwerkstatt des Fritz Koch in der Langenbergheimerstraße. Hier versammelten sich nach Einbruch der Dunkelheit eine Handvoll Männer. Abwechselnd ging man auf Patrouille, bewaffnet mit Knüppeln und Kabelenden. Zwischen den Streifengängen wurden sie von Fritz Kochs alter Mutter mit heißem Kaffee versorgt - natürlich Muckefuck. (Fritz Koch hat sich später nach Bruchköbel verheiratet.)

Prinz „Auwi“ in Hanau

Zur Abwechslung nun einmal eine etwas lustige Geschichte aus jener Zeit: In Hanau sollte der Prinz Auwi sprechen. Prinz Auwi, das war der Prinz August Wilhelm von Preußen, ein Sohn Wilhelms II., des letzten deutschen Kaisers, und hoher SA-Führer. Um der Kundgebung einen würdigen Rahmen zu verleihen, wurden aus dem gesamten Kreisgebiet Getreue herangekarrt. Auch in Marköbel hatte sich ein Häuflein Hitler-Anhänger gefunden, das den kaiserlichen SA-Mann sehen und hören wollte. Um in die Kreisstadt zu kommen, hatten sie sich den Lieferwagen eines hiesigen Metzgers gechartert.

Am Friedhof hatte sich eine Gruppe politisch anders denkender Jugendlicher versammelt, als die Hitler-Leute auf dem

Opel-Blitz-Pritschenwagen vorbeifuhren. Plötzlich schoss einem der jungen Leute, dem später in England lebenden Hugo Katz, der Gedanke in den Kopf: ‚Es ist doch verboten, mit offenem LKW zu politischen Veranstaltungen zu fahren‘. Das war es in der Tat. Also schnell zu Bürgermeister Goldacker. Der rief sofort die Polizei in Hanau an. Was darauf passierte, ist nur aus Erzählungen von Beteiligten bekannt, die ‚tausend Jahre‘ glaubten, die ganze Situation sei reiner Zufall gewesen, zum Glück der Initiatoren.

Die Kundgebungswilligen wurden also an der Stadtgrenze von Hanau von der Polizei in Empfang genommen. Danach gefragt, nannten sie treudoof ihr Ziel. Daraufhin wurde die gesamte Fuhre beschlagnahmt. Das Feststellen der Personalien und die Verhöre zogen sich so lange hin, bis die Auwi-Kundgebung zu Ende war.

Ärgerlich darüber, dass sie ihren Auwi nun doch nicht gesehen hatten und zugleich froh, so glimpflich davongekommen zu sein, wollten die Marköbeler Braunen wieder ihren Opel-Blitz bestiegen. Nein, hieß es da, das Fahrzeug sei bis auf Weiteres beschlagnahmt. Wohl oder übel mussten sie sich auf Schusters Rappen auf den Heimweg machen.

Als die müden Vorkämpfer des Dritten Reiches dann an der Peripherie ihres heimatlichen Dorfes ankamen, es war spät nach Mitternacht, wurden sie an

allen Ortseingängen von spöttisch jubelnden Jugendlichen begrüßt. - Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen... Was für die politisch so turbulente Zeit typisch und bemerkenswert war, ist die Tatsache, dass sich die Menschen viel offener zu ihrem politischen Standpunkt bekannten als heute. Es wurden offen Parteiabzeichen getragen, immer und überall. Dass dies manchmal nicht ganz ungefährlich war, möge diese kleine Begebenheit zeigen. In Frankfurt ging ich, stolz mein Parteiabzeichen und die Drei Pfeile, Kennzeichen der 'Eisernen Front' am Rockaufschlag, in eine Gastwirtschaft und stand mitten in einer SA-Versammlung. Blitzschnell verdeckte ich mit dem Arm die Abzeichen, und noch ehe die braunen Kämpfer geschaltet hatten, war ich wieder draußen.

NS-Veranstaltung in Marköbel

Auch die Nazis veranstalteten im Jahre 1932 in Marköbel eine Großkundgebung, die beinahe dem alten SPD-Bürgermeister Goldacker und dem Marköbeler SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Trebing zum Verhängnis geworden wäre.

Die beiden kamen mit dem Autobus aus Hanau von einer Parteiveranstaltung. Sie stiegen am Rathaus aus und standen mitten unter der SA. Bei den nun folgenden Anpöbeleien und Rempfeleien tat sich der damalige Kreisleiter der NSDAP und spätere Landrat Fritz Löser besonders hervor. Er trat dem alten Mann und seinem Begleiter Trebing auf die Füße

und belästigte sie, um sie zu Handgreiflichkeiten zu provozieren. Die braunen Kohorten warteten nur darauf, doch die beiden Männer beherrschten sich...

Nun war er also Reichskanzler, der Adolf, zu dieser Zeit noch nicht der Führer aller Deutschen! und noch nicht der Größtaz (größter Feldherr aller Zeiten) - und noch nicht der größte Mörder aller Zeiten. Auch in der Marköbeler Bevölkerung gab man sich teils hoffnungsvoll, teils abwartend. In sozialdemokratischen und anderen nicht nationalsozialistischen Kreisen wurde die Meinung vertreten, wenn er nichts taugt, dann wird er per Misstrauensantrag im Reichstag wieder weggefegt. Doch diese Leute hatten ihre Rechnung ohne den Wirt gemacht, nicht er wurde weggefegt, er fegte die anderen weg.

In Marköbel schlug von der so genannten Nationalen Revolution nicht allzu viel durch, wenn man von einzelnen Aktionen der Polizei einmal absah, die sie, in Form von Hausdurchsuchungen bei aktiven Sozialdemokraten und Kommunisten in unregelmäßigen Abständen veranstalteten. Von den SPD-Mitgliedern waren es in der Regel drei Leute, die regelmäßig von den Gendarmen beehrt wurden. Der, bei dem die Gendarmen zuerst auftauchten, verständigte die anderen. Die noch schulpflichtigen Kinder unserer Familien wussten schon, wo sie so schnell wie möglich hinrennen mussten, wenn die Polizei zu Hause auftauchte, ohne dass ihnen das gesagt werden brauchte."

SPD-Bürgermeister Bär setzt sich 1946 für NS-Bürgermeister Dietzel ein

Aber auch das ist verbürgte Wirklichkeit jener Zeit:

Der NS-Bürgermeister Dietzel warnte den Sozialdemokraten Trebing vor einer unmittelbar bevorstehenden Hausdurchsuchung. Oder: Der Sozialdemokrat Konrad Kailing sollte von der Polizei abgeholt werden und der NS-Bürgermeister „befreite“ ihn aus dem Polizeiauto.

Der erste SPD-Nachkriegsbürgermeister Wilhelm Bär setzte sich ein Jahr nach dem Krieg im Spruchkammerverfahren (Anmerkung: Alle Deutschen mussten nach dem Krieg auf Anordnung der Siegermächte Fragebögen über ihre frühere politische Tätigkeit ausfüllen.

„Spruchkammern“ teilten sie dann ein in „schuldig“, „Mitläufer“ und „nicht schuldig“ ein. Wer den Fragebogen nicht ausfüllte, erhielt auch keine überlebensnotwendigen Lebensmittelkarten für den NS-Bürgermeister ein. Zum Beispiel: „Im Rahmen seiner politischen Tätigkeit hat Dietzel in der Gemeinde keine selbständigen aggressiven Handlungen vorgenommen, sondern hat in den Jahren des Umsturzes, vielleicht gegen den Willen etlicher seiner Parteifreunde, Andersdenkende vor Schutzhaft bewahrt. Sein Verhalten und Charakter ist dahingehend zu beurteilen, dass Dietzel als überzeugter Nationalsozialist glaubte, für die Allgemeinheit und besonders für die Gemeinde sich wirkungsvoll einsetzen zu können. Seine soziale Einstellung war jederzeit fort-

schrittlich...“ Und eine weitere Eingabe Bärs: „Während seiner langen Tätigkeit als Bürgermeister der Gemeinde Marköbel hat er sich besonders auch in den Reihen der Arbeiterschaft viele Freunde erworben. Er hat keinerlei Anzeige gegen politisch Andersdenkende erstattet... Es lag im Bereich des möglichen mit demselben auch Dinge zu besprechen, die gegen die Interessen der Nazis gingen. Dabei hatte man das Gefühl, dass dadurch keine Gefahr bestand. Dietzel galt allgemein als gemäßigter Nazi. Überhaupt war derselbe in erster Linie als Bürgermeister Verwaltungsmann. Die Bürgerschaft einschließlich Arbeiterschaft haben nach dem Zusammenbruch keine Beschwerden gegen Dietzel geltend gemacht.“

Man sieht also auch hier, Geschichte ist nie schwarz-weiß, sondern besteht aus einer Facette von Farbtönen, die menschliches Handeln widerspiegeln. Vielleicht insbesondere in einem Dorf, wo jeder jeden kennt und größere Vertrautheit - auch zwischen politischen Gegnern - herrscht als in der Anonymität einer Stadt. Die Marköbeler Juden freilich wurden auch nicht durch die Vertrautheit der dörflichen Umgebung vor ihrem Schicksal bewahrt. Die Geschichte der Marköbeler Judengemeinde endet auf gewaltsame Weise unter der nationalsozialistischen Herrschaft. Natürlich gab es in jener Zeit in Marköbel auch Täter, Scharfmacher, Mitläufer und Mächtigen-Große in Uniform. Die Spruchkammerunterlagen über das Verhalten der Einzelnen sind

spannend wie ein Kriminalroman und lehren uns viel über menschliche Schwächen, gute Absichten und Abhängigkeiten.

Aber wieder zurück zu dem persönlichen Erlebnisbericht Wilhelm Dietrichs:

Hausdurchsuchungen

„Interessant zu beobachten war es, wie schnell die Ordnungshüter ihren Mantel nach dem Winde hängten. Erst vor ein paar Wochen erkundigten sie sich bei Angehörigen der 'Eisernen Front' ob sie der Polizei beistehen werde, wenn die Braunen angreifen würden. Jetzt machten sie genau bei denen Hausdurchsuchungen, die sie um Schutz baten, gegen die, in deren Auftrag sie jetzt die Hausdurchsuchungen durchführten. Besonders eifrig, im Sinne der Nazis, benahm sich auch der damalige Gemeindediener, der sich als Polizeidiener oder als Ortpolizist verstand und gelegentlich in einer Art Eisenbahner-Uniform und mit langem Säbel durchs Dorf stapfte. Aus Pietätsgründen sei sein Name hier verschwiegen. Einer der Gendarmen behauptete stereotyp, bei mir zu Hause fänden Schießausbildungen statt. Woher er die fixe Idee nahm, war uns unklar. Die einzige Erklärung, wenn es überhaupt eine gab, mag das letzte Kapitel einer sehr kurzen Vereinsgeschichte sein, die sich an einem jener Abende in unserer Wohnung abspielte. Eine Handvoll meist junger Leute hatten einige Monate vor der „Machtübernahme“ den 'Arbeiter-Mandolinen-Club Echo' gegründet, und der wurde in einer Versammlung in der

Wohnung meiner Eltern aufgelöst, um der Auflösung durch die Nazis zuvorzukommen.

„Schlechter kann es nicht mehr gehen“
Ansonsten verlief das Leben in Marköbel ohne Besonderheiten. Eine Generation, die einen Weltkrieg überstanden hatte mit allem was er mit sich brachte an Leid und Entbehrungen - 50 Marköbeler Männer waren auf den Schlachtfeldern gestorben, drei wurden vermisst - eine Generation, die voller Hoffnung auf den Neubeginn nach den Schrecken des Krieges schaute und die stattdessen in einer unvergleichlichen Inflation ihren letzten Spargroschen verloren hatte, die nach kurzem Aufflackern eine Wirtschaftskrise erlebte, die ihr fast sieben Millionen Arbeitslose bescherte, die konnte so leicht nichts mehr erschüttern, die konnten auch die flammenden Parolen der neuen Machthaber nicht so schnell in eine euphorische Hochstimmung versetzen. Dieses Leben in Not und Entbehrungen und ohne Zukunftsperspektive hatte die Menschen mutlos und gleichgültig gemacht, 'Was immer die Nazis tun werden, schlechter als jetzt kann es uns nicht mehr gehen', war die verbreitetste und auch einheitlichste Meinung jener Tage. In Marköbel blieb es besonders ruhig. Auf dem Rathaus saß im April noch immer der sozialdemokratische Bürgermeister Goldacker, der Ortsgruppenleiter der NSDAP Marköbel war seit Jahren Gemeindevorstand und nichts deutete darauf hin, dass sich daran in absehbarer Zeit etwas ändern würde.

Goldacker beseitigt verräterisches Tagebuch

Am 27. Februar 1933 brannte der Reichstag. Noch am Tatort wurde der Holländer van der Lubbe festgenommen. Bei der Verhandlung vor dem so genannten Volksgerichtshof in Leipzig stand der Mann ganz offensichtlich unter Drogen. Er sagte nur ja und nein. Nur einmal, da gab er zu, er habe den Reichstag anzünden wollen, aber als er hineinkam, habe schon alles gebrannt. Die Sitzung wurde sofort unterbrochen. Nun ja, der große Gebäudekomplex brannte in der Tat an allen Ecken zugleich, das konnte unmöglich ein einziger Mensch bewältigt haben. Hinter vorgehaltener Hand wurde kolportiert, dass vom Reichstagsgebäude zum Reichstagspräsidenten-Palais ein unterirdischer Gang führe, und Reichstagspräsident war - Hermann Göring. Diese Umstände brachten doch den Gedanken nahe, die Nazis hätten den Reichstag selber angesteckt, um einen Vorwand zu haben, brutal gegen die politische Linke vorzugehen, was sie bekanntlich dann auch taten.

All diese Gedanken hatte ich meinem Tagebuch anvertraut, denn Tagebücher sind tabu - dachte ich. Nicht bei den Nazis und ihren Bütteln. Die Gendarmen beschlagnahmten auch dieses Tagebuch, nachdem sie den Eintrag über den Reichstagsbrand gelesen hatten.

Zu meinem Glück saß auf dem Rathaus noch unser Freund Goldacker. „Boub“,

sagte er zu mir einige Zeit später, 'wenn die die Blätter über den Reichstagsbrand gefunden hätten, die hätten dich eingesperrt!' Nun, sie fanden die Blätter nicht, der alte Goldacker hatte sie beseitigt, bevor die Gestapo kam...

An dieser Stelle möchte ich auch eines Mannes gedenken, er ist schon fast 30 Jahre tot, er war ein Bauer und demzufolge hielt ihn jeder damals für einen Nazi. Aber er war keiner! Zu ihm hat meine Mutter in einem Weidenkorb meine politischen Bücher, ein kleines Zeitungsarchiv und ähnliches hingschafft. Weder für meine Mutter noch für ihn ganz ungefährlich. Er tat es aus Freundschaft, deshalb dieses Andenken.

Das Ende der Arbeiterbewegung

Im Sommer des Jahres 1933 hielt der bürgerliche Gesangverein „Frohsinn“ ein Stiftungsfest ab. Alle Marköbeler Vereine waren eingeladen, das Wetter spielte mit und die braune Prominenz gab sich volkstümlich. Der nunmehrige Landrat Löser saß auf dem Karussell und alles schien eitel Freude und Herrlichkeit zu sein. Da fiel der Reif in die Frühlingsnacht. Der Vertreter des Radfahrer-Vereins formulierte bei der Geschenkübergabe: ‚Im Namen des Arbeiter-Radfahrer-Vereins Solidarität‘. Wie von einer Tarantel gestochen fuhr Landrat Löser hoch: ‚Was, das gibt es auch noch hier!‘ Am nächsten Tag wurde der gesamte Besitz aller Arbeitervereine (Arbeitergesangverein Sängergruß), Freie Turner, Arbeiter-Radfahrer-Verein) beschlagnahmt. Manche rissen vor Wut die Hakenkreuz Fähnchen ab, mit denen

die Häuser anlässlich des Festes geschmückt waren. Aber, was half's? Damit hörte eigentlich das Leben der Arbeiterbewegung in Marköbel auf. Im Reich waren die SPD und die KPD schon längst verboten worden und die rechtsbürgerlichen Parteien hatten sich selbst aufgelöst". So enden die persönlichen Erinnerungen von Wilhelm Dietrich.

Die Nachkriegszeit bis 1970

Wilhelm Bär Bürgermeister



Bürgermeister Wilhelm Bär (1895 – 1976) bei der Einweihung der neuen Schule. Links von ihm Landrat Voller. Wilhelm Bär war von 1945 bis 1960 Bürgermeister in Marköbel.

Im März 1945 marschieren die Amerikaner ein, nachdem sich das „Volkssturm-Bataillon Dietzel“, bestehend aus den nicht wehrdienstfähigen Männern aus Marköbel, Ravolzhausen und Rüdigheim, glücklicherweise ohne Kampfhandlungen, selbst aufgelöst hatte.

Am 2. Mai 1945 wird Wilhelm Bär, der bereits von 1929 bis 1933 der

Gemeindevertretung angehört hatte, durch Verfügung der Militärbehörde mit der Wahrnehmung der Bürgermeistergeschäfte beauftragt. Er ernennt Heinrich Möller zum Beigeordneten sowie Friedrich Koch, Konrad Wahl und Heinrich Hofmann zu Gemeinderatsmitgliedern. Auf Weisung von Landrat Voller wird der Gemeinderat auf fünf Personen entsprechend dem Stärkeverhältnis der Parteien bei der letzten

Wahl vor 1933 erweitert. Danach gehören dem ersten Gemeinderat an: Heinrich Hofmann, Konrad Wahl (SPD), Friedrich Koch (ehemals Demokratische Partei), Hans Goy (ehemals Christi. Soz. Volksdienst) und Fritz Stroh (KPD).

1946 erhält die SPD 58,2 Prozent

Die ersten freien Wahlen nach dem Krieg am 27. Januar 1946 ergeben bei einer Wahlbeteiligung von 92 Prozent einen Stimmenanteil von 58,2 Prozent für die SPD und 41,8 Prozent für die CDU. Mehr als ein Viertel der Wahlberechtigten sind Evakuierte. 60 ehemalige NSDAP-Mitglieder dürfen nicht wählen.

In die erste Gemeindevertretung nach dem Krieg ziehen 7 SPD- und 5 CDU-Vertreter ein

SPD: Wilhelm Bär, Wilhelm Trebing, Friedrich Kailing, Konrad Koch, Peter Bender, Paul Kailing und Valentin Gärtner.

CDU: Heinrich Möller, Johannes Meerbott, Christian Leinhaas, Philipp Jakob und Josef Schädler.

Am 25. März 1946 erfolgt die einstimmige Wahl von Wilhelm Bär zum Bürgermeister. Auch der Gemeindevorstand wird einstimmig auf Grund eines gemeinsamen Wahlvorschlages von SPD und CDU besetzt.

Evakuierte, Flüchtlinge und Wohnungsnot

Hauptsorge der politisch Verantwortlichen ist die Unterbringung der Evakuierten und Flüchtlinge. Die Wohnungsnot ist so groß, dass Bürgermeister Bär an alle Ortsbürger appelliert, Dachgeschosse und leere Räume „auszubauen“.

Im Dezember 1947 wird der erste Bebauungsplan der Gemeinde einstimmig angenommen. Am Neuen Berg (heute Büdinger Straße) entsteht die erste neue Wohnsiedlung. Unbebaute Grundstücke kosten 3 RM pro qm!

Losentscheid um den Bürgermeister

Bei der Gemeindevwahl 1948 verliert die SPD die absolute Mehrheit. Sie erhält 5 Sitze, die CDU 6 Sitze und die KPD 1 Sitz. Die Gemeindevertretung besteht aus:

Ergebnisse der Kommunalwahlen in Marköbel 1946 - 1968 in Prozent							
	1946	1948	1952	1956	1960	1964	1968
Wahlbeteiligung	91,9	93,3	86,7	86,6	86	88,4	84,8
SPD	58,2	41,4	60,4	47	58,2	58,3	61,6
CDU	41,8	50,5					
WGM			31,3	32,5	33,1	41,7	38,4
KPD		8,1	8,3				
UWG				12	8,7		
BHE				8,5			

(Anm.: Sind keine Zahlen eingetragen, so hat die Partei oder Wählergemeinschaft nicht kandidiert.)

SPD: Wilhelm Trebing, Konrad Koch, Wilhelm Kaever, Wilhelm Bock und Paul Kailing.

CDU: Johannes Meerbott, Christian Leinhaas, Gustav Lerch, Fritz Lehr, Hans Goy und Wilhelm Eckert.

KPD: Karl Jung.



Wilhelm Trebing, bereits vor 1933 Ortsvereinsvorsitzender, übernahm nach dem Kriege wieder für lange Jahre das Amt des SPD-Vorsitzenden.

In der Gemeindevertreterversammlung am 12. Juni 1948 steht die Wahl des Bürgermeisters und der drei Beigeordneten auf der Tagesordnung. Für die SPD kandidiert wieder Wilhelm Bär und für die CDU Johannes Meerbott. In den beiden ersten Wahlgängen erhalten beide Kandidaten je sechs Stimmen. Das Los

muss entscheiden. Wilhelm Bär zieht das Los mit dem Vermerk „Bürgermeister“ und ist gewählt. Auch bei der Wahl des 1. Beigeordneten - für die SPD Wilhelm Trebing und für die CDU wieder Johannes Meerbott - muss nach Stimmgleichheit in zwei Wahlgängen das Los entscheiden. Das Los fällt auf Wilhelm Trebing. Die zwei weiteren Beigeordneten werden in Verhältniswahl gewählt. 2. Beigeordneter ist Johannes Meerbott und 3. Beigeordneter Heinrich Müller, SPD.

Bereits in der Sitzung beanstandet Johannes Meerbott die Bürgermeisterwahl mit der Begründung, die Urne mit den Losen sei nicht verschlossen gewesen. Die Mitglieder des Wahlausschusses - Wilhelm Kaever, SPD, Gustav Lerch, CDU und Karl Jung, KPD - verneinen einstimmig eine Wahlbeanstandung. Lerch gibt auf persönliches Befragen die Erklärung ab, dass die Wahl ordnungsgemäß und rechtlich vorgenommen sei.

Trotzdem verlässt die CDU-Fraktion geschlossen die Gemeindevertretung, um erst wieder knapp zwei Jahre später vollständig zu erscheinen. Dazwischen liegt eine Wahlanfechtung der CDU beim Landrat und Regierungspräsidenten als Aufsichtsbehörde und Klagen vor dem Verwaltungsgericht in Wiesbaden und dem Verwaltungsgerichtshof in Kassel. Johannes Meerbott als Klageführer der CDU verliert alle Verfahren. Im Hessischen Staatsarchiv Darmstadt können diese Akten heute allgemein eingesehen werden.

CDU entzieht sich ihrer Verantwortung

Wir können uns heute kaum noch in diese Notjahre zurückversetzen, in denen die einfachsten menschlichen Bedürfnisse nach Wohnung, Bekleidung und Nahrung im Vordergrund standen. In dieser Situation entzieht sich die CDU-Fraktion, die immerhin von der Hälfte der Wahlberechtigten gewählt worden war, ihrer Verantwortung. Bürgermeister Bär bietet dem Landrat seinen Rücktritt an „im Interesse einer Zusammenarbeit zum Wohle der Allgemeinheit“. Er schreibt: „Es erscheint mir unverantwortlich, noch weiterhin die Aufgaben der Gemeinde, welche z. Zt. und in Zukunft immer schwieriger sich gestalten, durch ein wie bisher bestehendes Rumpfparlament weiterhin durchzuführen. Durch meinen Rücktritt, wodurch Neuwahl erforderlich, vertrete ich die Auffassung, bessere Verhältnisse und Zusammenarbeit im Interesse der Gemeinde herbeizuführen.“ Der Landrat lehnt ab.

Ein halbes Jahr nach diesem Rücktrittsgesuch kann Wilhelm Bär dem Landrat mitteilen, dass die CDU, nach den verlorenen Prozessen, wieder vollzählig an der Gemeindevertretersitzung am 9. März 1950 teilgenommen hat. Die CDU wird aber bis zur Bildung der Gemeinde Hammersbach zwanzig Jahre lang in Marköbel nicht mehr unter ihrem Parteinamen bei Gemeindewahlen antreten.



Wilhelm Dietrich, Ortsvereinsvorsitzender in den fünfziger Jahren, zugleich Gemeindevertreter-Vorsitzender von 1952 – 1956 und 1960 – 1965. Er schrieb seine Erinnerungen über die zwanziger und dreißiger Jahre auf.

SPD erhält wieder absolute Mehrheit

Bei der folgenden Kommunalwahl 1952 erhält die SPD mit 60,4 Prozent die absolute Mehrheit. Die CDU, die jetzt unter der Bezeichnung „Wählergemeinschaft Marköbel“ antritt, kommt auf 31,2 Prozent, die KPD auf 8,3 Prozent. In die Gemeindevertretung ziehen 7 SPD-, 4 WGM- und 1 KPD-Vertreter ein:

SPD: Konrad Koch, Peter Bender, Peter Schmidt, Johann Jerlitschka, Adolf Menges, Wilhelm Dietrich und Josef Kraus

WGM: Johannes Meerbott, Heinrich Goy, Fritz Lehr und Heinrich Gerlach
KPD: Fritz Stroh (ab 1953 Karl Jung)

Ohne Gegenkandidat wird Wilhelm Bär mit Mehrheit zum Bürgermeister gewählt. Wilhelm Dietrich wird Vorsitzender der Gemeindevertretung.

Oberwald soll Panzerübungsplatz werden

In dieser Legislaturperiode wird einstimmig der Schulhaus-Neubau beschlossen und ein Gesamtkanalisationsplan vorgelegt. Der Fußgängerdurchbruch am Untertor entsteht. Das alte Schulgebäude auf dem Kirchhof wird mangels anderer Verwendungsmöglichkeit abgebrochen und der Kirchhof gegen ein Gelände an der Leimenkaute mit der Kirchengemeinde getauscht. Im Dezember 1952 wird die Absicht der Amerikaner bekannt, den Oberwald als Panzerübungsplatz zu beschlagnehmen. In einer einstimmigen Resolution der Gemeindevertretung heißt es u. a.: „Mit Erschütterung und Empörung nimmt die Gemeindevertretung den Bericht des Bürgermeisters über die beabsichtigte Beschlagnahme von gemeindeeigenem Waldbesitz durch die US-Besatzungsmacht entgegen. Im Bewusstsein ihrer Verantwortung legt die Gemeindevertretung schärfsten Protest gegen die beabsichtigte Beschlagnahme ein und beauftragt den Gemeindevorstand, alles in seiner Kraft stehende zu tun, um das drohende Unheil von der Gemeinde abzuwenden...“ Der Protest hatte Erfolg.

Vier Fraktionen in der Gemeindevertretung

Für die Gemeindewahl 1956 kandidieren neben der SPD und der Wählergemeinschaft eine „Unabhängige Wählergruppe Marköbel“ und der Gesamtdeutsche Block/BHE (BHE=Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten). Die KPD ist inzwischen durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes verboten worden. Die SPD erhält 47 Prozent, die WGM 32,5 Prozent, die Unabhängige Wählergruppe (UWM) 12 Prozent und der BHE 8,5 Prozent. Die Gemeindevertretung setzt sich zusammen aus:

SPD: Wilhelm Bär, Peter Schmidt, Peter Bender, Fritz Gärtner I, Fritz Gärtner II und Eugen Schneider.

WGM: Heinrich Goy, Fritz Lehr, Josef Götz und Heinrich Gerlach.

UWM: Helmuth Brandt.

BHE: Josef Demuth.

Wilhelm Bär wird bei vier Enthaltungen einstimmig wieder zum Bürgermeister gewählt.

Landrat fordert Bau einer Kläranlage

Nachstehend einige Punkte aus der Legislaturperiode: Am 1. April 1957 wird die Polizei-Station Marköbel aufgelöst. Die Linden-, Erbsen-, Ring-, Kirch- und Nordstraße sowie der Obermühlenweg werden ausgebaut und der Teilbebauungsplan Römerstraße verabschiedet. Der Baulandpreis liegt bei 1,30 DM /qm. Die Gemeindevertretung gibt das Gelände am Weinberg

auf Anraten des Landrates zur Wochenendhausbebauung frei. 1960 fordert der Landrat die Gemeinde auf, eine Kläranlage zu bauen, da Marköbel neben Roßdorf, Nieder-Issigheim und Bruchköbel Hauptverschmutzer des Krebsbaches sei.

»Kampf dem Atomtod«

Eine erste Friedensinitiative bildet sich in Marköbel im Juni 1958. Ein Bürgerkomitee „Kampf dem Atomtod“ hat sich gebildet und deren Sprecher, Heinz-Dieter Becker, Fritz Gärtner und Josef Götz, wenden sich an die Gemeindevertretung und bitten, folgenden Antrag zu beschließen:

- „1. Die Lagerung von nuklearen Waffen jeglicher Art und von Trägerraketen innerhalb der Gemarkung Marköbel ist mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern.
2. Den militärischen Dienststellen ist kein Gelände für die Errichtung von Abschußrampen für Raketenwaffen zur Verfügung zu stellen.
3. Die Gemeindevertretung spricht sich gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr aus und lässt gegebenenfalls eine Meinungsumfrage innerhalb der Gemeinde durchführen.
4. Weitgehende Unterstützung der aufklärenden Tätigkeit des Bürgerkomitees zum Kampf gegen den Atomtod.“

Die Gemeindevertretung stimmt diesem Antrag mit neun Stimmen bei drei Enthaltungen einstimmig zu. Die von der Aufsichtsbehörde geforderte Aufhebung dieses Beschlusses wird mit sieben Stimmen bei vier Enthaltungen abgelehnt, so dass die Aufsichtsbehörde von sich aus den einstimmigen Beschluss der Gemeindevertretung aufhebt.

Konrad Wahl wird Bürgermeister



Konrad Wahl (1903 – 1974), Bürgermeister von Marköbel 1960 – 1970. Seine Tochter Helga Meininger wurde 1984 Bürgermeisterin von Hammersbach.

Bei der Gemeindewahl 1960 erhält die SPD 58,2 Prozent, die Wählergemeinschaft 33,1 Prozent und die UWG 8,7 Prozent.

Mitglieder der Gemeindevertretung werden:

SPD: Fritz Gärtner (nach dessen Wahl zum Ersten Beigeordneten), Gerhard Liepelt, Peter Schmidt, Peter Bender, Wilhelm Dietrich, Konrad Koch, Wilhelm Goldacker und Eugen Schneider

WGM: Fritz Lehr, Karl Dietzel, Wilhelm Meerbott und Josef Götz

UWG: Helmuth Brandt

Wilhelm Bär scheidet mit Ablauf der Legislaturperiode und Erreichen des 65. Lebensjahres aus dem Amt, Nach einem Beschluss des Landtages sind in allen Gemeinden mit mehr als 1500 Einwohnern hauptamtliche Bürgermeister zu wählen. Die Gemeindevertretung beschließt mit 9:2 Stimmen die öffentliche Ausschreibung der Bürgermeisterstelle. Karl Dietzel hatte den Antrag gestellt, keine Ausschreibung vorzunehmen und einen hiesigen Bürger zu wählen, der die nötigen Kenntnisse besitzt. Es gehen vier Bewerbungen ein, von denen zwei in die nähere Auswahl genommen werden: Konrad Wahl und Erich Winkler (Hanau). In der Gemeindevertreter Sitzung am 29. Dezember 1960 wird Konrad Wahl einstimmig für die Dauer von sechs Jahren als hauptamtlicher Bürgermeister gewählt.

„Sozialdemokraten ins Rathaus“

Mit der Parole „Sozialdemokraten ins Rathaus! Wer Fortschritt will, wählt Liste I „ geht die SPD 1964 in den Wahlkampf. In einem erhalten gebliebenen Flugblatt



Fritz Gärtner, Ortsvereinsvorsitzender in Marköbel bis 1966.

heißt es: »Wir Sozialdemokraten haben Euch vor vier Jahren gefragt, ob der von uns in der Gemeindepolitik eingeschlagene Weg richtig sei. Eure Antwort kam im Wahlergebnis überzeugend zum Ausdruck: Absolute Mehrheit der Sozialdemokraten in der Gemeindevertretung! Nach weiteren vier Jahren fragen wir Euch wieder: „War es richtig, was wir getan haben?“ Wir sind davon überzeugt, dass Ihr diese Frage mit einem deutlichen Ja beantworten werdet, denn wir haben immer zum Wohle der Allgemeinheit gewirkt.“ Die Bürgerschaft beantwortet diese Frage mit einem klaren Ergebnis: Die SPD erhält mit 58,3 Prozent wiederum die absolute Mehrheit. Auf die Wählergemeinschaft entfallen 41,7 Prozent. In die Gemeindevertretung ziehen ein:

SPD: Eugen Schneider, Wilhelm Goldacker, Wilhelm Dietrich, Peter Schmidt, Emil Köth, Gerhard Liepelt, Wilhelm Sommer und Roland Reichelt.

WGM: Erich Loos, Wilhelm Koch, Heinz-Dieter Becker, Gerhard Trebing und Wilhelm Meerbott.

Den ehrenamtlichen Gemeindevorstand bilden:

1. Beigeordneter: Fritz Gärtner, SPD
2. Beigeordneter: Karl Dietzel, WGM
3. Beigeordneter: Wilfried Martin, SPD.

Volkswirtschaftliche Schwierigkeiten

Über die Legislaturperiode 1964-1968 schreibt die SPD in einem Rechenschaftsbericht: „...so wird wohl jeder Marköbeler Bürger bestätigen können, dass eine

Anzahl wichtiger Maßnahmen durchgeführt werden konnte wie z.B.: Straßen- und Wegebau, Straßenbeleuchtung, Erschließung und Ausbau von Baugebieten und Ausweisung von Bauland, Ausbau einer Schwesternstation, Bau eines vorbildlichen Kinderspielplatzes mit Kleinsportfeld und Anschaffung eines modernen Löschfahrzeuges ... Sicherlich standen noch mehr Vorhaben auf unserer Wunschliste, aber die im Sommer 1965 einsetzenden wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten unserer Volkswirtschaft verhinderten die Durchführung. Die Ursache war die verfehlte Wirtschaftspolitik der damaligen CDU-FDP-Bundesregierung, die unsere Volkswirtschaft an den Rand des Ruins brachte.“



Emil Köth, Ortsvereinsvorsitzender in Marköbel von 1966 - 1968. Er war in dieser Zeit auch Gemeindevertreter-Vorsitzender.

Letzte Marköbeler Gemeindevwahl

Am 20. Oktober 1968 wird letztmalig eine selbständige Marköbeler Gemeindevvertretung gewählt. Auf die SPD entfallen 61,6 Prozent und auf die Wählergemeinschaft 38,4 Prozent der Stimmen. Die letzte Marköbeler Gemeindevvertretung setzt sich wie folgt zusammen:

SPD: Hans Leitner, Heinz Benker, Emil Köth, Eugen Schneider, Wilhelm Goldacker, Hans Pletsch, Erwin Hulverscheidt und Renate Liepelt

WGM: Erich Loos, Heinz-Dieter Becker, Wilhelm Meerbott, Wilhelm Koch und Erich Wirdl.

In den Gemeindevorstand werden gewählt:

Hans-Joachim Paetzold, Erster Beigeordneter, Karl Dietzel, Fritz Merz und Wilhelm Sauer.

In der Kommunalpolitik der Jahre ab 1968 stehen die Fragen eines Zusammenschlusses mit Langen-Bergheim im Vordergrund. Damit schließen wir das Kapitel Marköbel und es beginnt ein neues Kapitel: Hammersbach.